

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhebt täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgelehrte Annoncen-Redaktion oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Berichtigungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das heißt: kurze Notizen 20 Pf., (jünglich) (Kurzberichte) (Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Mars oder die Ochsentour?

Wie war's doch? Pfiff man nicht seit einigen Tagen, wenn man an Wilhelm und seinen hoffnungsvollen Sprohling dachte, die Melodie zwischen den Zähnen:

Wenn der Vater mit dem Sohne
Auf dem Hundloch der Kanone
Ohne Sekundanten paukt —
Dann ade!

Und wußten nicht einige von einem schweren Familienkonflikt im Hause Hohenzollern zu wissen? Die Telegramme von Danzig nach Zabern, die den tapferen Oberst v. Reuter zu weiteren Heldentaten anfeuernden, hätten, so hieß es, in Berlin oder Donaueschingen arg verschmüßt. Zur „Strofe“ sei der Kronprinz von seinem lustigen Reiterregiment nach Berlin veretzt worden, was bekanntlich beinahe einen Herzbruch zur Folge hatte. Und dramatisch wußte man die Gegensätze einander gegenüberzustellen, wie der Vater als Grinze des zu Zabern gemordeten Rechts Sühne fordere von den „Verbrechern in Uniform“, während der Sohn umgekehrt den „Kameraden“ von Zabern antelegraphiert: Immer feste drauf!

Und nun? —

Am vorgestrigen Ordensfeste hat der Oberst v. Reuter einen Orden bekommen, einen Kronorden dritter Klasse mit der Schleife. Wo sind jetzt die Berleumder, die von einem Familienkonflikt bei Hohenzollerns faheltem? Vater und Sohn sind völlig einig in der Beurteilung der Zaberner Affäre. Und wenn sie je verschiedener Ansicht gewesen sein sollten, so beweist dieser Orden, daß der Frieden wiederhergestellt und daß der Vater der Ansicht des Sohnes rüchaltlos beigetreten ist.

Früher war's anders! Früher machten Kronprinzen in Liberalismus und es ist ihnen immer schlecht bekommen. Jetzt machen sie in Reaktion und es bekommt ihnen ausgezeichnet. Früher mußten sie sich wegen ihrer liberalen Ansätze bei Kaiser und Kanzler entschuldigen, heute entschuldigen sich Kaiser und Kanzler bei ihnen. Anno 1863 war's — Kaiser und Kanzler waren noch nicht erfunden, die Firma lautete noch ganz schlicht: König und Ministerpräsident — da vollführte Bismarck mit seinen Befehlsbefugnissen ein genau so frivolos Attentat auf Recht und Gesetz, wie jetzt Reuter mit seinen Bajonetten. Auch damals erscholl die Stimme des Kronprinzen von Danzig her. Nur im umgekehrten Sinne wie jetzt. In einer öffentlichen Ansprache verurteilte der spätere Kaiser Friedrich scharf Bismarcks politischen Vandalentum. Was war die Folge? Auf einen Wink Bismarcks flog der Kronprinz nach Berlin, um Wilhelm den Großen um Verzeihung wegen seiner polizeiwidrig liberalen Seitenprünge anzusprechen. Ursprünglich hatte ihn der Heldengreis auf gut altpreussisch auf Festung schicken wollen, Bismarck erinnerte ihn aber daran, daß der alte Fritz durch nichts so populär geworden sei, wie durch die Festungsstrafe, die er in seiner Jugend habe abbrummen müssen. „Verfahren Sie läuberlich mit dem Anaben Abalom!“ rief ihm der bibelste Bismarck zu, und Wilhelm der Große, der die Konkurrenz des Sohnes fürchtete, begnügte sich damit, daß sich der Kronprinz bei ihm und Bismarck in aller Form entschuldigte.

Das ist nun fast 50 Jahre her, und nun sage noch einer, daß es in Preußen keine Entwicklung gebe! Heute marschiert der Kronprinz an der Spitze nicht des Liberalismus, sondern der Reaktion, und der Vater muß sich alle Mühe geben, wenn er mit ihm Schritt halten will. Immerhin muß zugegeben werden, daß er ihn eingeholt, ja daß er ihn übertroufen hat! Nach dieser Ordensverleihung kann niemand mehr zweifeln, daß der Vater genau so eckdrehsüchtig geworden ist wie der Sohn. Die Festung ist als Gefängnis für liberale Kronprinzen in Preußen abgeschafft, nicht etwa weil es jetzt keine Gefängnisse, sondern weil es keine liberalen Kronprinzen mehr gibt.

Schon aber hören wir die liberalen Spatenköpfe zwickeln: stimmt ja nicht! stimmt ja nicht! Die Dekorierung des Obersten v. Reuter hat gar keine politische Bedeutung! Er war gerade dran in der Ochsentour, sein Orden war fällig und die Verleihung soll nicht im geringsten eine ausdrückliche Billigung seines nicht zu billigenden Vorgehens in Zabern bedeuten. —

Also nicht Mars regiert die Stunde, sondern die Ochsentour.

Die guten Liberalen, die immer königlicher sein wollen, als der König selber, scheinen nicht zu begreifen, daß sie mit dieser ihrer Aktion der Dekorierung des Obersten Reuter den Kapitalismus in Grund und Boden ruinieren. Solange der Adler an der Brust des Obersten ein politisches Programm bedeutet, eine bewußte, ausdrückliche Billigung jener Offiziersrevolte, solange kann man sagen: nun gut! Der Adler

hat zwar nicht Hand und Fuß, aber doch Klauen und Zähne, wir wissen, woran wir sind. Wenn aber jetzt diese resoluten Klauen und Zähne der Reaktion in dem Phrasenspleiß des Liberalismus zu Brei gekocht werden sollen, wenn das, was als Ausfluß eines ganz bestimmten politischen Aktionsprogramms erscheint, als Ausfluß der — Ochsentour hingestellt werden soll, dann erhält die Sache ein ganz anderes Gesicht: dann ist sie die frivolste Verachtung des deutschen Volkes, die ihm jemals von seinen Machthabern ins Gesicht gespien wurde. Wie? Die Dekorierung des Freigedankenen von Zabern soll keine ausdrückliche Billigung seiner Taten sein? Und man ließ diese Dekorierung zu, obwohl man wußte, daß sie wie ein neuer Fußtritt ins Gesicht empfunden wird? Man ließ diese Dekorierung zu, obwohl man wußte, daß bei dem Worte Zabern sich in allen Kulturländern immer neue Ströme des Hohns, des Mitleids, der Verachtung über den deutschen Namen ergießen? Das alles wußte man und das alles ignorierte man? Lediglich zur höheren Ehre der Ochsentour? Weil er „grade dran“ war, der treffliche Oberst? So wenig achtet man das Empfinden der öffentlichen Meinung in Deutschland?

In der Tat: die Ochsentour-Theorie, mit der die Liberalen die Bedeutung der Zaberner Dekorierung mildern wollen, verhärtet sie erst. Sie besagt, daß die regierende Clique das Volk verachtet, in Wirklichkeit aber besagt sie, daß diese Clique das Volk fürchtet.

Es bleibt dabei, Mars und nicht die Ochsentour regiert die Stunde!

Erdrosselung des Koalitionsrechts.

Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher in Dresden hatte im September 1912 dem Verband sächsischer Industrieller ein Gutachten über die Frage erstattet, wie man dem Koalitionsrecht der Arbeiter an den Stragen lönte. Derselbe Herr veröffentlicht jetzt in der Sonnabend- und Sonntagnummer des „Tag“ einen Artikel, in dem er unter der Ueberschrift „Schutz der Arbeitswilligen“ sich gütlich darüber äußert, ob es zweckmäßiger sei, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch ein reichsgesetzliches Verbot des Streikpostensichens zu spieren oder ob das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht besser durch polizeiliche Streikpostenverbote und durch Ausdehnung der Strafgesetze über Abtügung und Bedrohung totgeschlagen werden könne. Er entscheidet sich für den zweiten Weg. Einen Beweis dafür, daß eine „Verstärkung der Abwehr und des Schutzes Arbeitswilliger“ erforderlich sei, hält er nicht für nötig. „Nahzu allgemein“ werde ja solcher Schutz verlangt. Eine selbst bei einem Verwaltungsrichter erkennbar oberflächliche und der Wahrheit ins Gesicht schlagende Methode. Wer die Sachlage kennt und wenn nicht der Rest von Objektivität abhandeln gekommen ist, weiß und wird deshalb zugeben: an Anschreitungen, die aus Anlaß eines Streiks vorgekommen und als angebliche Bedrohungen Arbeitswilliger ausgeführt sind, sind nicht die Streikposten, sondern das arbeitshungrige Gesindel schuld, das unter dem Namen Arbeitswilliger von Arbeitgebern aus Verbrechenkreisen angeworben ist, und die Polizei, die sich in Arbeitsstreikigkeiten zu ungunsten der Arbeiter einmischt. Das haben zum Greifen klar auch für Fernstehende die Noabiter sogenannten Krawallprozesse erwiesen. Schutz gegen diese Elemente ist dringend erforderlich, die nach dem Zeugnis ihres Obersten Hingz danach sich sehnen, einmal ungestraft Verbrechen ausüben zu dürfen, Schutz gegen diese Sorte Fünftens, die ehrliche Arbeiter erschrecken und erschöpfen haben, ohne die geringste Strafe zu erleiden. Dieser Schutz wird nahezu allgemein, nämlich von allen Arbeitern ohne Unterschied ihrer politischen Richtung und von allen anständig denkenden Menschen, also von über 90 Proz. der Bevölkerung gefordert. Entschieden abgelehnt wird aber von derielben übergroßen Mehrheit der unter dem Motto Arbeitswilligenchutz von Kapitalisten und von Herrn Blüher als Vertreter kapitalistischer Interessen geforderten Erdrosselung des Koalitionsrechts.

Streikpostensichens soll nach dem Blüherischen Rezept — ähnlich lautete das vom preussischen Polizeiminister jüngst empfohlene — durch Polizeiverordnungen verboten werden. Der Oberverwaltungsgerichtsrat meint, trotz des nennlich wieder von und zitierten Erkenntnisses des Reichsgerichts vom 4. Februar 1901 sei das möglich. Man brauche nur die Polizeiverordnung anders formulieren, etwa so: mit Rücksicht auf die auf Grund früherer Erfahrungen zu befürchtende Gefährdung des freien Verkehrs wird für die Dauer des Streiks Streikpostensichens in den besonders in Betracht kommenden Straßen und Plätzen verboten. Das wäre ein offener Verstoß gegen das Reichsrecht, der keine geringere Bekrlegung der Reichsverfassung wäre, als es die Säbeter, vom Reichsgericht für rechtmäßig erachtete Verordnung war.

Herr Blüher wünscht weiter, daß besonders geeignete Beamte für den Streikdienst ausgebildet werden, was er darunter versteht, verrät er nicht. Hält er etwa die Polizeibeamten für geeignet, die den wehrlosen, ruhig seines Weges schreitenden Arbeiter Hermann am 27. September 1910 zur höheren Ehre der Dinge-Garde und der Profite von Kupfer u. Co. erschlügen und deren Persönlichkeit bis heute noch nicht festgestellt ist?

Der Nötigungs- und Bedrohungsparagraf soll — natürlich gegen Arbeiter wie Arbeitgeber — im Sinne des Sorentour's eines

Massen-Strafgesetzbuchs ausgebildet werden. Ist dem Verwaltungsgerichtsrat unbekannt, daß seitens Arbeitgeber heute Nötigungen, Bedrohungen und Erpressungen begangen werden, ohne daß Strafe eintritt? Ist ihm beispielsweise unbekannt, daß das Statut der Textilunternehmer, denen er nicht fern zu stehen scheint, glatt und klar Erpressung denen androht, die einem Aussperrungsbeschlusse sich nicht beugen? Eine Ahnung hiervon scheint der Verfasser doch zu haben, denn er meint: ist der Entwurf zum Strafgesetzbuch Gesetz geworden, dann ist der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung nicht mehr nötig. Wie liberal! Nach § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung sind nämlich die Wechsel und andere Verpfändungen für den Fall des Nichtmittuns bei einer Aussperrung rechtungsgültig und daher heute der Vorstand eines Arbeitgeberverbandes, der solche Wechsel ausstellen oder gar sie betreiben läßt, der Erpressung schuldig. Von diesem Ap möchte Herr Blüher die armen Kapitalisten befreien. Er mag sich beruhigen: tatsächlich werden die Arbeitgeber ebenso wenig auf Grund des Erpressungsparagrafen wie des § 152 G.-O. verfolgt — die Verurteilung des Obermeisters Schmidt wegen schwerer Bedrohung seiner Kollegen im Baderstreik ist eine wohl allein dastehende Ausnahme. Für die Arbeitgeber stehen die Strafanordnungen — wie die preussische Regierung in ihrer Vorlage vom Februar 1906 klar und offen zugab — nur auf dem Papier und würden auch die neuen Strafgesetze nur auf dem Papier sein.

Des Blüherischen Artikels Zweck ist Erdrosselung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Das zeigt auch der Schluß des Artikels, in dem zum Ausbau der Unternehmer- und Arbeitgeber-Organisationen, zum Ausbau und Unterstützung der bürgerlichen Arbeiterverbände zum gemeinsamen Kampf gegen die freien Gewerkschaften“ ausgerufen wird. So trübt ist kein Arbeiter, um nicht zu merken, worauf der Fuchs mit seinem Lodenfuch „Arbeitswilligenchutz“ hinaus will: er will volle Vernichtung der Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter. Gegen diese immer wieder auftretenden Unsurzbestrebungen gegen die Menschenrechte der Arbeiter kann es für die Arbeiter ohne Unterschied der politischen Richtung nur die eine Forderung geben: Ausdehnung und volle Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter.

Ein Panama der Polenpolitik.

Hunderte von Millionen Mark preussischer Steuererlöse sind von der preussischen Regierung und ihrem Landtag aufgewendet worden, um einen systematischen erbitterten Kampf gegen einige Millionen „gleichberechtigter“ Staatsbürger zu führen, die das Unglück gehabt haben, sich als Eltern — Polen auszusuchen. Man kennt die unendliche Liste der Polizeikommissare und Justizräten, die jahraus, jahrein gegen die preussischen Polen verübt werden. Man weiß auch, daß die ganze sogenannte „Anfiedelungspolitik“ in der Hauptsache nur den Effekt gehabt hat, zahlreichen verdienstlichen Grundbesitzern oder glücklichen Spekulantenn zu ermöglichen, ihre Güter mit enormen Gewinnen an die Anfiedelungskommission zu verkaufen. Das hat im Üben eine gewollte Steigerung der Grundpreise im allgemeinen hervorgerufen, wodurch der Wert der landwirtschaftlichen Güter gewaltig erhöht wurde. Da somit die Anfiedelungspolitik in letzter Linie darauf hinausgeht, den Reichtum der Großgrundbesitzer zu vergrößern, ist es nur selbstverständlich, daß diese Politik als ein wahrer Palladium preussischer Staatswohlheit in den Himmel gehoben wird!

Aber nicht von diesen ziemlich bekannten Dingen soll hier die Rede sein, sondern von neuen Erscheinungen auf dem Gebiet der Polenpolitik. Die allerdings die Aufmerksamkeit der großen Öffentlichkeit in weitestem Umfang verdienen und die geeignet sind, den durch und durch korumptierten Charakter dieser imperialistischen Verfolgung einer ganzen Nation aus solchen Dingen klarzumachen, die bisher immer von dem „Austurwerk im Osten“ sprachen. Der polnische Abg. Korsant hat in seiner Rede in der Staatsberatung des preussischen Abgeordnetenhauses am 14. Januar eine Reihe von Mitteilungen über das intime Zusammenwirken der preussischen Regierung mit dem Damarckenverein und über die politischen Mittel der Galizisten gemacht.

Der polnische Parlamentarier wies zunächst darauf hin, daß die katalanischen Redner im preussischen Dreiklassenhaus, vor allem der freikonservative Abg. v. Kardorff und der nationalliberale Führer Dr. Friedberg, seit einiger Zeit auf die Klagen der preussischen Polen damit antworten, daß die Polen, selbst, dort wo sie herrschen, eine andere Nation unterdrücken. Es war dabei besonders von der Verfolgung des ruthenischen Bauern- und Feldarbeitervolkes in Ogalizien durch die polnischen Großgrundbesitzer, die Schloszherrn, die dort das Heft in der Hand haben, die Rede. Korsant teilte mit, daß diese Informationen über Angelegenheiten der inneren Politik Österreichs den preussischen Galizisten von eigenartigen Bundesgenossen gekommen sind: nämlich von der ruthenisch-ukrainischen Partei in Österreich. Es ist immerhin interessant, wenn Leute, die ihr Deutschstum nicht scharf genug betonen und es nicht hoch genug rühnen können, zur Bekämpfung ihrer slawischen Landsleute mit einer — slawischen Partei des Auslandes in Verbindung treten! Es ist aber noch eigenartiger, daß — nach den Mitteilungen des Abg. Korsant — der von der preussischen Regierung als staatsrechtlich, monarchisch und patriotisch in jeder Weise unterwürfige Osmarckenverein mit einer Partei zusammenwirkt, von der ein Angehöriger, der Student Sieghinsky, den Staatsbater von Galizien, Grafen Potocki, erzwungen hat. Korsant bemerkte hierzu, daß die ruthenische Partei dieser politischen Werd auch in ihren Zeitungen und im Wiener Parlament beherrlich habe. Auch eine Reihe von polnischen Professoren habe die ukrainische Partei aus politischen Gründen ermordet; sie habe die Unberührt in Lemberg

gehört und hierbei eine Reihe von Kultur- und Aufsichtswerken vermindert. Der Ostmarkenverein unterstützte diese Partei nicht nur moralisch, sondern auch materiell, und an den gemeinsamen Beratungen des russischen Nationalkomitees mit dem Vorstand des Deutschen Ostmarkenvereins zu Berlin haben auch hohe Staatsbeamte teilgenommen. Der Ostmarkenverein mischte sich also in die inneren Angelegenheiten des mit dem Deutschen Reich verbündeten Oesterreichs ein, was Korfanti als eine große Taktlosigkeit und als eine Verletzung der Neutralität ansah. Der polnische Redner machte die Behauptung von der Einmischung des Ostmarkenvereins in österreichische Angelegenheiten u. a. auf einen Brief des früheren Generalsekretärs Dr. Boberschen des Ostmarkenvereins an seinen Vorsitzenden, den Major v. Tiedemann, vom 13. Oktober 1900, worin es heißt: „Mit Rücksicht auf eventuelle diplomatische Auseinandersetzungen zwischen Oesterreich und Preußen dürfen diese Verhandlungen nicht an die Öffentlichkeit kommen.“ Weiter führte Korfanti aus, daß die Gründung der preussischen Feldarbeitergenossenschaft den Zweck hatte, die deutschen Bauern aus Galizien und Ungarn zur Rückwanderung nach Deutschland zu veranlassen. Das gelang nicht. Die Feldarbeitergenossenschaft sollte dann nicht nur an Stelle von Polen Russen nach Deutschland bringen, sondern man war auch bestrebt, die Organisation der galizischen Russen zur Schwächung des polnischen Regiments in dieser österreichischen Provinz nach Kräften zu stärken. Herr v. Tiedemann schrieb am 13. Oktober 1900: „Die deutsche Regierung kann sich natürlich in diesen nationalen Kampf um den befreundeten Nachbarstaat nicht mischen; aber der Ostmarkenverein hat diese Rücksicht nicht zu nehmen.“ In einem weiteren Brief heißt es: „Im Ausland wird die Feldarbeitergenossenschaft als ein Privatunternehmen angesehen, damit die Regierung jederseits in der Lage ist, offiziell jede Beteiligung an dieser Aktion abzuleugnen.“ Hieraus schließt Korfanti, daß die Regierung in alle Machinationen des Ostmarkenvereins und der Russen eingeweiht war. Korfanti teilt ferner mit, daß die 1903 aufgetauchte Nachricht von einem Ausgleich zwischen Polen und Ruthenen den Ostmarkenverein sehr deprimiert und zu einer Anfrage an den Vertrauensmann des russischen Nationalkomitees, Ritter Homisch, veranlaßt habe. Am 13. Februar 1904 schrieb nun Homisch an Herrn v. Tiedemann: „Das russische Komitee der Tat beschloß, die polnischen Gutsbesitzer durch Agrararbeiten zu vernichten. Die Verbreitung von Agitationsmaterial und von Broschüren zur Schürung eines Agrarkriegs ist bei uns in Oesterreich verboten; sie wird mit Kerker bis zu zwei Jahren bestraft.“ Und deshalb habe sich der Vertrauensmann der Russen an den hochkonservativen, monarchischen, den Staat stützenden Herrn v. Tiedemann um Unterstützung eines Agrarkriegs gegen die galizischen Gutsbesitzer gewandt. Schemel nicht vergebens, denn in einem späteren Briefe dankt Homisch für Schriftsätze und für die erteilte Hilfe. Es scheint also hier, so schließt Korfanti aus diesen Vorgängen, der Ostmarkenverein Beihilfe zur Begehung eines Verbrechens in einem verbündeten Staat geleistet zu haben.

Korfanti erbot auch die Hilfe des Ostmarkenvereins dazu, hier in Berlin eine Broschüre zu verlegen, die die Habsburger wegen ihrer Polenpolitik in der ganzen Welt lächerlich machen würde. Gegen den Verfasser dieser Broschüre stand die domo, wie Homisch mittelste, in Oesterreich bereits das Verbot wegen Hochverrats. Und doch habe man zu dem demokratischen Ostmarkenverein das Vertrauen, daß er diese Verbrechungen unterstützen werde! Am 15. August 1910 billigt schließlich der Herr v. Tiedemann, um Unterstützung der Weizsäcker in Rußland in ihrem Kampfe gegen die russische Regierung und gegen die Polen, sowie der Wittener in Rußland gegen die gleichen Gegner. Es wurde ein großer Briefwechsel über den Verkauf einiger Kunstwerke an den Ostmarkenverein geführt, dessen Erlös für diesen Kampf verwendet werden sollte. Weiter beschuldigte Korfanti, dessen Angaben im Landtag nicht widerlegt wurden, den Ostmarkenverein, daß er die Deutschen in Galizien durch Beamte des deutschen Konsulats in Lemberg gegen die Landesregierung aufheben lasse.

Wenn der Abg. Korfanti aus all diesen Ereignissen den Schluß zog, daß in der Polenpolitik der Zweck die Mittel heilige, daß diese Politik ein Muster von proltarischer Anwendung der unethischen Grundsätze des Machiavellismus sei, so wird man ihm darin nicht ganz unrecht geben können. Wir entziehen uns natürlich nicht darüber, daß die Russen in Galizien gegen ihre polnisch-jüdischen Bedrücker kämpften, und wie sich gegen die Polen, die den russischen Feldarbeitern aus ihrem Streik einen Vorwand machen würden. Aber es muß doch als ein wertvolles Dokument „preussisch-nationaler Politik“ bezeichnet werden, daß dieselben Leute, die in Deutschland den Landarbeitern das Koalitionsrecht verweigern, die jede oppositionelle Betätigung der Arbeiter oder der Polen mit Feuer und Schwert ausrotten möchten, in dem verbündeten Oesterreich die gleichen Verbrechungen unterstützen!

Politische Uebersicht.

Wirtschafts- und Sozialpolit.

Die am Sonnabend getroffene Vereinbarung, daß bei der Generaldebatte des Etats des Innern zuerst die sozialpolitischen Fragen erörtert werden sollen, ist gestern wieder aufgehoben worden. Die Debatte über das ganze umfangreiche Gebiet geht also auch in diesem Jahre ohne besondere Scheidung vor sich; in Zukunft soll die geeignete Trennung der Materien im Seniorenkongress vorbereitet werden.

In der gestrigen Sitzung kamen nur Redner der bürgerlichen Fraktionen zu Wort. Aber wenn auch die sozialdemokratische Partei ihre Forderungen nicht geltend machen konnte, die Notwendigkeit einer beschleunigten und gewissenhafteren Sozialpolitik ergab sich doch vielleicht selbst wider Willen des einen oder anderen Redners. So hat der nationalliberale Herr Reintach, wenngleich er die übliche Einschränkung von der Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit unserer Industrie machte, selbst jebiel Forderungen aufzuführen müssen, daß die Konsequenz daraus sich von selbst ergibt.

Fast ebenso stark wirkte zugunsten unserer Auffassung die Polemik, die der Redner der Konservativen gegen die Grundlage und die Voraussetzung jeder Sozialpolitik, nämlich gegen das Koalitionsrecht, führte. Herr v. Graefe, der dafür bekannt ist, daß er seinen jungen Adel durch eine möglichst staatsverträgliche Besetzung zu rechtfertigen sucht, will selbstverständlich beileibe kein Gegner des Koalitionsrechts sein. Aus reiner Liebe will er es durch den berühmten „Schutz der Arbeitswilligen“ zu Tode drücken. Und aus demselben edlen Gefühl will er es den Landarbeitern versagen. Die schändlichen Ausführungen dieses Talmtunters fanden in der Heiterkeit des Hauses die einzig geeignete Antwort.

Auch für die großen Leidenden der deutschen Wirtschaftspolitik war die heutige Erörterung durchaus ertragreich. Es war in diesem Sinne schon interessant und lehrreich genug,

als zu Beginn der Legislaturperiode der Staatssekretär des Innern die Entwidlung anbeurteilte, die sich vom privaten zum Staatsmonopol vollzieht. Gestern mußte das gleiche unfreiwillige Bekenntnis von Rednern der bürgerlichen Parteien abgegeben werden. Herr Dr. Mayer vom Zentrum lehnte zwar für seine Partei den Willen zur Schaffung von Staatsmonopolen ab, aber er war doch genötigt, eine weitgehende staatliche Aufsicht über die großen Monopolvereinigungen zu verlangen, und Herr Reintach erklärte sogar, daß seine Freunde unter Umständen vor Verstaatlichung eines von der Verstaatlichung bedrohten Industriezweiges nicht zurücktreten würden. Gewiß entspricht diese Auffassung weder in ihren Gedankengängen noch in ihrem Ziel der sozialistischen Anschauung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aber sie liegt doch in der Richtung eines organischen Eingriffs des Staates in die Produktion und schafft dergestalt ein Argument für die sozialistische Theorie und Politik.

Die Debatte geht heute weiter. Man erwartet, daß nunmehr auch der Staatssekretär selbst sich zu den wichtigen Problemen äußert, die in der bisherigen Debatte behandelt worden sind.

Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung, mit dessen Beratung das Abgeordnetenhaus am Montag begann, übte in früheren Jahren eine große Anziehungskraft auf die „Volkvertreter“, insbesondere auf die Herren von der Rechten und vom Zentrum aus. Vor sich da doch die beste Gelegenheit, gegen die Regierung vom Boden zu ziehen und ihr unter allerhand mehr oder weniger verstellten Drohungen Versprechungen für die nothleidenden Agrarier zu erteilen. Jetzt ist es anders geworden. Das Haus ist fastleer besetzt, und namentlich die Bänke, die unieren lieben Agrariern reserviert sind, weisen klaffende Lücken auf. Die Herren halten es nicht mehr für nötig, sich persönlich nach der Prinz-Albrecht-Straße zu bemühen. Wozu auch? Die Regierung besorgt ihre Geschäfte so gut, daß sie ihre getrost ihr Geschick anvertrauen können. Besser als der Landwirtschaftsminister, der sogar über den bedauerlichen Tiefstand der Futterpreise klagt, wußte selbst Herr Dieblich Hahn sich der Interessen der Agrarier nicht anzunehmen.

So schloß denn der diesmaligen Debatte ihr charakteristischer Zug, das Betteln um weitere Liebesgaben. Die Verwaltung erfreut sich in jeder Beziehung des vollen Vertrauens der Mehrheit, und wenn auch von selten des Zentrums dem Minister ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß er sich der obligatorischen Einföhrung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen noch immer widersetzt, so darf man daraus keine falschen Schlüsse ziehen. Nur offiziell einführen will Herr v. Schorlemer-Besler den Religionsunterricht nicht; gegen sein heimliches Einschmuggeln hat er nichts einzuwenden. Im Gegenteil, der gesamte Unterricht soll davon durchdrungen sein.

Kein Wunder, daß sich unter solchen Umständen die Disziplin in Einzelheiten verlor. Von großen allgemeinen Gesichtspunkten ließen sich nur die Redner der Linken leiten, der fortschrittliche Hoff, der die heutige Wirtschaftspolitik kritisierte und zwar keine Aufhebung, aber doch den Grundfragen seiner Partei entsprechend, einen allmählichen Abbau der Zölle forderte, und Genosse Braun, der in seiner mehr als zweijährigen Zungensprache einen vorzüglichen Beitrag zu dem sozialdemokratischen Agrarprogramm lieferte. Mit vollem Recht stellte er an die Spitze seiner Ausführungen den Satz: Die Landwirtschaft krankt, weil sie steht in der Aufgabe der Volksernährung in den Vordergrund schiebt, sondern die Privatinteressen der zeitigen Besitzer. In der Hand der Tatsache, daß weite Flächen Landes nicht urbar gemacht werden, weil es den Besitzern nicht gefällt, industrialisierte er die Kulturwidrigkeit des Privateigentums an Grund und Boden, und sein Vorschlag, gegen Privatbesitzer, die ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber vernachlässigen, auf dem Wege der Enteignung vorzugehen, verdient volle Beachtung. Im weiteren Verlauf seiner Rede streifte Genosse Braun „Großbetrieb oder Kleinbetrieb“, er wies satirisch nach, daß trotz Vermehrung des Kleinbesitzes in der Landwirtschaft der Viehbestand nicht zugenommen hat und labelte es, daß der Minister nur auf eine so kurze Zeit sozialpolitische Erleichterungen für die Einföhrung russischen Fleisches gewährt hat. Nachdem er dann die Steigerung der Grundrente durch unsere Zollpolitik erklärt hatte, beschäftigte er sich eingehend mit der bäuerlichen Arbeiterfrage. Seine auf Grund eigener Anschauung gewonnenen Erfahrungen über die Rechtslosigkeit, die Drangsalierung, die unwürdige Behandlung bäuerlicher Arbeiter waren unsern Zuhörern sichtlich unangenehm; nun suchte die Rechte nach bewährten Rezepten durch höhnisches Gelächter und lärmende Zwischenrufe die Wirkung der Worte des sozialdemokratischen Redners abzumähen, aber gelangen ihr ihr das nicht. Was Genosse Braun vorgetragen hat, bleibt wahr, und wenn es die, an deren Adresse es gerichtet ist, auch noch so gerne hinwegstreifen möchten. Nicht von Lust am Hehen, sondern von Liebe zu den Landarbeitern, deren Interessen einzig und allein die Sozialdemokratie wahrnimmt, war die Rede unseres Genossen diktiert, und das werden mit der Zeit auch in den rückständigsten Gegenden alle Landarbeiter einsehen.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt. Als zweiter sozialdemokratischer Redner ist Genosse Doser gemeldet.

Klerikale Friedensschmalzen.

Die klerikale Regierung Bayerns fühlt sich veranlaßt, eine lange wohl hauptsächlich an das Zentrum gerichtete Mahnung ergehen zu lassen, in der die Politiker ersucht werden, bei der Besprechung der Interpellationen über die Vorgänge in Zabern und die Freisprüche des Straßburger Militärgerichts im Reichstage ihre Kritik möglichst einzuschränken, damit die Zaberner Affäre und die durch diese hervorgerufenen Zwispaltungen möglichst schnell begraben werden. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht nämlich einen langen Appell an das Gewissen der sogenannten vaterländischen Kreise, in welchem es heißt:

Es ist dringend zu wünschen, daß die Erörterung über die hier in Betracht kommenden Fragen sich in jenen Grenzen halten möchten, die allein schon der Gedanke an das zu schadenfroher Beobachtung bereitzehende Ausland jedem Patrioten zieht. Es mag sein, daß in jenen trübden Wochen militärische Maßnahmen vorlomen, die als Härte, als Beschloß empfunden werden konnten. Daß das subjektive Schuldmoment bei den in Frage stehenden Persönlichkeiten ausgeschiedet ist durch die inzwischen rechtskräftig gewordenen Urteile festgelegt worden. Was etwa noch an unerfreulichen Erinnerungen übrig geblieben sein mag, das wird mehr als reichlich wettgemacht durch die Einbrüche, die die Verhandlungen gegen den Obersten v. Keuter der gesamten Nation vermittelt haben. Gerade und aufrichtig, mit seiner vollen Verantwortung für alles einsehend, was er angeordnet hatte, ist dieser Mann dorgehend. Was aus ihm sprach, war der Geist soldatischer Mutes und entschlossener Männlichkeit. Es ist dies der Geist, den unsere Armee, den unsere Offiziere braucht. Daß er in ihm lebendig ist, davon hat Oberst

v. Keuter eine Probe gegeben, die ihre tiefe Wirkung auch auf jene Kreise des deutschen Volkes geübt hat, die die Schuld an den Zaberner Vorgängen ausschließlich beim Militär suchten. ... Mit welcher freudiger Gier sich der uns schließlich gesante Zeit der Auslandspresse auf jede abfällige Kritik stürzt, die in Deutschland gegen die Armee gerichtet wird, davon haben die letzten Wochen wahrhaftig Proben genug gegeben. Es ist zu wünschen, daß die bürgerlichen Parteien, bei allem berechtigten Bestreben, sich über ihre gegenseitigen Wünsche und Anregungen zu einer Klarstellung der Militär- und Zivilkompetenzen auszusprechen, sich der Gemeinsamkeit der vaterländischen Interessen bewußt zeigen, die sie mit der Armee verbindet. Bei Beachtung dieser Grenzlinie werden die in Aussicht stehenden parlamentarischen Verhandlungen sich besonders fruchtbar und nutzbringend gestalten.

Zabern in der Ersten Kammer des reichsländischen Parlaments.

Am Montagmittag begann in der Ersten Kammer in Elßaß-Lothringen die Interpellation über Zabern. Zur Debatte stand folgende Resolution:

Die Erste Kammer befaßt auf das Heßte die Vorkommnisse in Zabern, welche geeignet sind, ein völlig falsches Bild der Stimmung in der elßaß-lothringischen Bevölkerung und ganz besonders über das Verhältnis zwischen Militär und der Landesbevölkerung hervorzurufen. Ohne irgend wie die in Zabern von Zivilpersonen begangenen Ausschreitungen und das zur Aufregung der Bevölkerung führende Verhalten einzelner Preßorgane zu entschuldigen, ist sie der Ansicht, daß die bedauerlichen Vorgänge vermieden worden wären, wenn das unwürdige, die Bevölkerung verletzende und herausfordernde Benehmen eines jungen Offiziers seitens seines Vorgesetzten sofort die entsprechende Remedur erhalten und letztere bekannt gegeben worden wäre. Sie ist ferner der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Eingreifen befugt erachtet, jedenfalls, bei der in maßloser, das rechtliche Empfinden verletzender Weise erfolgten Ausführung sich schwere Ausschreitungen seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen. Sie ist alsdann der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorgänge eine sichere Garantie gegeben werden muß, insbesondere auch dafür, daß die in Elßaß-Lothringen garnisonierenden Militärbehörden genau beachtet würde. Die Kammer ersucht die Regierung, an maßgebender Stelle eine Entscheidung in diesem Sinne herbeizuföhren.

Die Resolution wurde zunächst von dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Konsistorialrat Dr. Curtius, begründet. Nach ihm sprach der Professor Dr. Laband, der die Kabinettsorder von 1890 als rechtsgültig für Elßaß-Lothringen ansieht, da sie für preussische Regimenter gegeben wurde, ganz gleich, in welchen Landestellen sie sich befinden. Dr. Schwander, der Bürgermeister von Straßburg, ging scharf mit dem Vorkommnis und den Ausschreitungen des Militärs ins Gericht. Auch die weiteren Redner, der Straßburger Abg. Ungemach, der konservative Abgeordnete Graf v. Andlaw und der kolumarer Bürgermeister Blumenthal, stellten sich entschieden auf den Standpunkt der Resolution. Verteidigt wurde die Haltung der Militärbehörde sowie die freisprechenden Urteile des Kriegsgerichts nur vom General v. Arnim und vom General v. Rohner.

Die Resolution wurde mit 33 Stimmen gegen drei Stimmen, derjenigen des Präsidenten der Reichsversammlungen, des Professors Laband und des Generals v. Rohner angenommen. Justizrat Dr. Muland und der Präsident des Oberlandesgerichts Dr. Kolitor enthielten sich der Abstimmung.

Hans v. Brochem.

Unter den inaktiven Generälen, die sich auf politischem Gebiet verhalten, ist neben Keim und Lieber besonders der Generalmajor H. v. Brochem hervorgetreten. Seine ersten rednerischen Sporen verdiente er sich in konservativen Vereinen, wo er während Reden gegen die Sozialdemokratie hielt. Das Material dazu stammte aus den Schriften des Reichsverbandes. Aber sein Streben ging weiter, die parlamentarischen Vorbeeren — so zweifelhafter Art sie auch waren —, die sein Freund Lieber im Reichstag sich erworben hatte, mögen ihn zu dem Versuch veranlaßt haben, auch Mitglied dieser gemischten Gesellschaft, die sich Reichstag nennt, zu werden. Ein hannoverscher Wahlkreis stellte ihn als Reichstagskandidaten auf, und zum Entsetzen seiner Anhänger suchte er den engen Zusammenhang, der zwischen ihm und der Provinz bestehe, durch die Mitteilung zu erweitern, daß er stets mit Vorliebe hannoversche Pferde geritten habe. Nach dieser Rede stand bereits fest, was dann auch eintrat: der General fiel durch. Vielleicht hat das mit dazu beigetragen, daß er am Sonntag bei den „acht preussischen Leuten“ den Reichstag in so unehörter Weise beschimpfte.

Der Krupp-Prozeß.

hat am Montag wenig Interessantes. Er konnte es ja auch, obgesehen davon, daß wiederum nur die alten Reagen vernommen wurden. Schon deshalb um so weniger, weil diesmal der größte Teil der Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Nicht weniger als achtmal wurde die Öffentlichkeit vorübergehend ausgeschlossen. Auffälligerweise wurde dabei der Ausschluß der Öffentlichkeit diesmal auch auf die Vernehmung solcher Zeugen ausgedehnt, die vor dem Kriegsgericht und der Strafkammer in voller Öffentlichkeit vor sich gegangen war. Man ist also noch geistlicher als bisher bestrebt, die Kruppmysterien sorgfältig vor dem Lichte der Öffentlichkeit zu schützen.

Den größten Teil der öffentlichen Verhandlung nahm die Vernehmung des Zeugen Brandt ein, der trotz seiner schweren Erkrankung aus dem Sanatorium in der Schweiz zur Vernehmung nach Berlin gereist war. Von dem katastrophalen Zusammenbruch dieses Zeugen, von dem seine Frau in so beweglichen Worten gesprochen hatte, war wenig zu bemerken. Daß sein Gedächtnis gelitten hat, ist ja eine Erscheinung, die bereits in früheren Verhandlungen hervorgetreten war. Aber diese Gedächtnisschwäche war ja auch früher nur eine partielle. Ueberall, wo er zugunsten der Firma Krupp Bekundungen machen konnte, funktionierte sein Erinnerungsgedächtnis noch ausgezeichnet; nur da, wo es belastende Aussagen zu machen galt, prostrahierte es beständig den Generalstabsarzt. Aber das sind ja Symptome, b. c. bei der Rolle, die Herr Brandt heute als Zeuge, morgen als Angeklagter und übermorgen wieder als Zeuge zu spielen hatte, durchaus erklärlich sind und keineswegs von schwerer Nervenzerrüttung zu zeugen brauchen.

Herr Brandt martierte diesmal noch wirksamer den Gerichten als in den früheren Verhandlungen. Seine Geheimnisse für die Firma Krupp sind noch belangloser geworden, als sie sich ihm im Frühjahr darstellten. Seine Extragrattifikationen wurden ihm nicht gezahlt für sein Spionagehandwerk, sondern nur für die außerordentlichen Bureauarbeiten, die ihm aufgebüdet wurden, da ja der eigentliche Vertreter der Firma Krupp niemals zur Stelle war. Die Liebesdienste, die ihm die Zeugoffiziere durch den Bericht militärischer Geheimnisse leisteten, waren natürlich noch seiner

Erweiterung der Schultheiß-Brauerei.

Der Konzentrationsprozess im Berliner Brauereigewerbe macht neue Fortschritte. Die Schultheiß-Brauerei nimmt die Union-Brauerei und die Spandauerberg-Brauerei in sich auf.

Die Berliner Union-Brauerei wurde 1870 gegründet. Trotz Aufnahme der Eberwalder Bierbrauerei A. G. im Jahre 1908 und der Klosterbrauerei in Chorlottenburg im Jahre 1908 ging der Bierabfall zurück.

Die Spandauerberg-Brauerei wurde 1886 durch Übernahme der E. Wedemännichs Brauerei als Aktiengesellschaft gegründet. Vor 12 bis 15 Jahren konnten noch 8 und 7 Proz. Dividende gezahlt werden.

Die Schultheiß-Brauerei A. G. wurde 1871 gegründet. Zu ihrem Bestium gehört die frühere Ad. Koesel'sche Lagerbier-Brauerei, die Brauerei Tivoli (1891), die frühere Brauerei Zum Waldschlößchen A. G. in Dessau (1896), die frühere Brauerei Borussia in Nieder-Schönweide (1898).

Der Tabaktrauf in Finnland.

Der neueste Geschäftsbericht der British American Tobacco Co. (der europäischen Finanzierungs-Gesellschaft des amerikanischen Tabaktraufs) weist eine Beteiligung dieser Gesellschaft auch an der finnlandischen Zigarettenindustrie nach.

Letzte Nachrichten.

Abbé Lemire legt sein Amt nieder.

Paris, 19. Januar. (B. Z. B.) Der katholisch-radikale Deputierte Abbé Lemire richtete an den Kammerpräsidenten Deschanel ein Schreiben, in welchem er mitteilt, daß er sein Amt als Vizepräsident der Kammer niederlegt.

Noch kein Ende des Dubliner Streiks.

London, 19. Januar. (Privattelegramm des "Borwärts".) Die Meldung aus Dublin, daß der Streik abgebrochen ist, hat sich als falsch erwiesen.

Ein Raubmord.

Niesbaden, 19. Januar. (B. Z. B.) Als der Kaiser Volentin Schweizer heute gegen 1 Uhr mittags zum Essen nach Hause kam, fand er seine Frau am Bettspieß hängend auf.

Eisenbahnerstreik in Nordamerika.

Albany, 19. Januar. (B. Z. B.) Der Verkehr auf der Delaware und Hudson-Eisenbahn ist durch einen Streik ihrer fünftausend Angestellten infolge der Entlassung von ein paar Leuten lahmgelegt.

Gericht, ein Mann von 30 Jahren, war schon beim Militär als Sergeant wegen Unterschlagung zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt und dennoch bei der Reg. Polizeidirektion angestellt worden.

Die Folge ist denn eine ewige Geldberlegenheit gewesen, aus der Gerlich sich durch die zur Anlage stehende Urkundenfälschung „mit dem Rute der Verzweiflung“, wie der Staatsanwalt sich ausdrückte, horiübergehend zu retten versucht hat.

Diese Dinge sind um bewußten Interessant, weil im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme der Kommissar auf die Frage des Verteidigers, ob er meine, daß der Angeklagte sich der Straftat sei seiner Handlung bewußt gewesen, diese Frage bejahte mit dem Zusatz, daß der Angeklagte ein sehr naiver Mensch sei.

Das war selbst dem Staatsanwalt und dem Vorsitzenden zu stark. Wie, meinte der letztere, ein Mann, der Sergeant gewesen, der bei der Polizei schon jahrelang beschäftigt ist und dessen Fleiß und Intelligenz betont wird, der soll so naiv sein, nicht zu wissen, was er da getan, oder werden bei Ihnen die Beamten zur Naivität erzogen? Wo soll das Vertrauen zu den Beamten herkommen, wenn solche Ansichten von einem Kommissar vertreten werden?

Der Verteidiger begann sein Plaidoyer mit dem ausgesucht glücklichen Hinweis auf die Dienste, die der Angeklagte schon dem Vaterlande geleistet, indem er z. B. Rekruten ausgebildet habe. Bei der harten Schöpfung wählten jedoch alle Vermählungen, die beantragte Freisprechung zu erzielen, erfolglos bleiben.

Die Amtsbezugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen.

Ueber die Amtsbezugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten hat der preussische Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern neue Bestimmungen erlassen, denen wir folgendes entnehmen:

Die Gewerbeinspektoren sollen, wenn sie bei ihren Besichtigungen Unregelmäßigkeiten vorfinden, deren Abstellung in der Regel zunächst durch übliche Vorstellungen und geeignete Ratschläge herbeizuführen suchen. Führt dies nicht zum Ziele, oder erscheint von Anfang an die Anwendung von Zwangsmitteln erforderlich, so haben die Gewerbeinspektoren selbst im Benehmen der polizeilichen Verfügungen die Ausführung der Maßnahmen anzuordnen.

Die sozialdemokratische Landtagsmehrheit in Schwarzburg-Rudolstadt beieitigt.

Bei der am 19. Januar in Frankenhäuser-Land stattgefundenen Landtagswahl wurde an Stelle des verstorbenen sozialdemokratischen Genossen Todde ein Bürgerlicher mit 568 gegen 410 Stimmen gewählt. Bei der letzten Wahl hatte der sozialdemokratische Kandidat 483 und der bürgerliche 463 Stimmen erhalten.

Frankreich.

Vicquart gestorben.

Paris, 19. Januar. Der frühere Kriegsminister General Vicquart ist infolge einer Schädelverletzung, die er sich bei einem Sturze vom Pferde zugezogen hatte, gestorben. Der Name Vicquart ist im Kampf um die Revision des Dreifurprozesses berühmt geworden.

schigen Darstellung vollenden worden wären, wenn er niemals in die Falle gegriffen hätte, niemals ein Mittag- oder Abendbrot spendiert, ein Theaterbillet bezahlt, ein Franzosenstück oder einen Hundertmännchen herausgerückt hätte.

Der „anständige“ Preussentag.

Die bayerische Regierung wendet sich gegen die albernen patriotischen Großsprecherien einzelner Generale auf dem am Sonntag in Berlin abgehaltenen Kongress der ostpreussischen Leute. Vornehmlich scheint die Rede des Generalleutnants v. Kraack trotz ihrer Kürze in München höchstes Mißfallen erregt zu haben.

„Gegen die Säbelherrschaft — für Aufhebung der Kriegsgerichte.“

Mit dieser Tagesordnung fanden am Sonntag, den 18. d. M., in München im St. Elisabeth zwei öffentliche Protestversammlungen gegen die Freisprechung des Obersten v. Reuter, des Leutnants Schod und des Leutnants v. Horkner durch die Straßburger Militärtribunal. Reichstagsabgeordneter Genosse L. Emmel und Bezirksratsmitglied Genosse A. W. Schmidt erhoben vor über 3000 Personen Protest gegen die neuen Herausforderungen des Volkes durch die Militärpartei.

Technische Versammlungen fanden am Sonntag an der elssässisch-schweizerischen Grenze in Hüningen, St. Ludwig und Buschweiler statt, wo u. a. der Reichstagsabgeordnete Böhmle-Strasbourg sprach. In München i. U. duldet die Polizei das Anschlag der Versammlungsplätze erst, als die Worte „Gegen die Säbelherrschaft“ durch eine dicke schwarze Linie ersetzt waren.

Einschränkung der Säbelherrschaft.

Die fortschrittliche Volkspartei hat am Montag im Reichstag einen Gesetzesentwurf betreffend die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt als Initiativantrag eingebracht.

§ 1 lautet: Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen auf Ersuchen der zuständigen Zivilbehörde verwendet werden. Die Fälle, in denen ein solches Ersuchen zulässig ist und die Form, in der es zu erfolgen hat, bestimmt der Bundesrat.

§ 2 sagt: Unerbittlich bleibt das Recht der bewaffneten Macht, die Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit gegen Angriffe und Störungen zu wahren.

Der § 3 regelt die Fälle, in denen der Gebrauch der Waffe, abgesehen von Fällen der Notwehr, gestattet ist. Dieser Gebrauch soll gestattet sein zur Abwehr eines Angriffes oder zur Überwindung eines gefährlichen Widerstandes; ferner zur Erzwingung der Ablegung der Waffen oder anderer zum Widerstand geeigneter gefährlicher Werkzeuge; außerdem zum Schutze der dem Militär zur Bewachung anvertrauten Personen und Sachen.

Was mit diesem Gesetz an dem gegenwärtigen Zustand geändert werden soll, ist eigentlich nicht recht zu erleben; denn im Falle Jähern hätten sich sowohl der Oberst als auch die Leutnants ganz ruhig auf den § 3 dieses fortschrittlichen Gesetzesentwurfes beziehen können.

Herr Rospch und das Koalitionsrecht.

Zu einem von unserer Partei im November 1913 herausgegebenen Flugblatt „Auf zum Kampfe für das Koalitionsrecht“ war auch die bekannte Rede erwähnt, die Herr Abg. Rospch im freisinnigen Bezirksverein Berlin-Lichtenberg über das Thema gehalten hatte.

Noch eine preussische Polizeiblamage.

Das Schwurgericht zu Essen verurteilte am Sonnabend den früheren Hilfskammermann von der politischen Polizei in Essen, Josef Gerlich, wegen Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Haft und 150 M. Geldstrafe.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 20. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsaal, Badstraße 19:

Öffentliche Frauen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Emil Unger:** **Frauenleid, Frauenkampf, Frauenerlösung.**
 2. Diskussion.
- Jahresbeitrag 224/4* Die Einberuferin: Frau Rosa Schmidt, Kolonnenstr. 5.

Schwarzer Lichtenberg Adler.

Frankfurter Chaussee 5.
Dienstag, den 20. Januar:
Gastspiel des Voigt-Theaters:
Der Bajazzo und seine Familie.
Vollständiger in 5 Akte von D'Ennery und Courtier.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Borussia-Festsäle

Herrn Georg Wolffgramm
Ackerstraße No. 6/7.
Telephon: Norden 2674.
Empfehle den Vereinen und Gewerkschaften meine Säle für Versammlungen und Festlichkeiten. Ständes entgegenkommen.
NB. Umständehalber ist der große Saal am 28. Februar frei geworden.

Wer hat eine Idee?

Kingholts an Ing. Dubenhöffer, Berlin W. 30 E. Rosenheimerstr. 22.
Berleib-Institut
A. Borchardt, Friedrichstr. 115.
Ordn.-Nr. Tel. Nr. 10564.
necl. Hoch-, Zerknag., Bedrohungsge in verschied. Breislag. bis 3. elegant. Genie. Sehr große Answ. Näh. Briefe.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 22. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engelauer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Verbandsangelegenheiten. — 2. Kassenbericht für Oktober-Dezember 1913. — 3. Entwürfe auf Ausschluß gegen zwei Mitglieder. — 4. Wahl eines Bureauangestellten. — 5. Crakwahl zum Verbandsvorstand. — a) Rablen; a) Ortsverwaltung; b) Redatoren; c) Bildungsausschuss; d) Disziplinarkommission.
Es wird dringend pünktliches Erscheinen erwartet. Nur Mitglieder haben Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Kürschner-Verband.
Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Weinstr. 8. Fernspr.: Königsstadt 6789.
Mittwoch, den 21. Januar, abends Punkt 8 Uhr, in den „Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913. — 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung und Neuwahl. — 3. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. 100/1
Jahresbeitrag 224/4*
Die Ortsverwaltung.

JOSETTI
cigaretten
KON-LINON
Juno 2 Pfg

Theater.

- Dienstag, 20. Januar, Anfang 6 Uhr.
Eines Patat am Zoo. Variété-Spiel.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater-Variété-Spiel.
Anfang 7 Uhr.
Cbernhaus. Variété.
Deutsches Cbernhaus. Variété.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Doktor Murr.
Deutsches Spielhaus am Nacht.
Deutsches Künstler-Theater.
Der Bogen des Odysseus.
Königlicher Straße. König Richard III.
Veinna. Der Gnat.
Kretus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Ueber die Physik der Sonne.
Hörssaal: Prof. Dr. Lindner: Der Nachweis der unsichtbar in der Luft schwebenden Mikrobenkeime.
Kammerstücke. Die Parthen.
Deutsches Schauspielhaus. Wer zuletzt lacht.
Schauspielhaus. Die spanische Fliege.
Moussé Operetten. Die verbotene Stadt.
Schiller O. Was ihr wollt.
Schiller Charlottenburg. Die Jungfrau von Orléans.
Theater am Nollendorferplatz. Freddy und Teddy.
Theater des Weidens. Polenblut.
Berliner. Die einst im Kat.
Rommelienhaus. Hinter Mauern.
Trianon. Anatoles Hochzeit.
Thalia. Die Langospringerin.
Residenz. Hohel — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Kinokönigin.
Noie. Der Schürzenjäger.
Kafiso. Die alle Webern.
Serrusfeld. Was sagen Sie zu Heilich?
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der 3. Rom-pagne.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zuilen. Das erste Ehejahr.
Walhalla. Langoscher.
Folies Caprice. Der Kauf.
Wanderschwindel. Die Samuels.
Metropol. Die lustige Puppe.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Kaiser-läger.
Anfang 9 Uhr.
Berliner Metropol. Ostport.
Eines Nollendorfer-Theater-Variété-Spiel.
Sternwarte. Amaltheenstr. 57—62
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Com. nach. 8 1/2 U.: Der liebe Augustin
Neues Opern-Theater (Kroll).
Abends 8 Uhr: **Nurtha.**

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wer dem der liegt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Meyers.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orléans.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Meyers.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wer dem der liegt.

Deutsches Schauspielhaus

Abd. 8 Uhr: **Wer zuletzt lacht!**
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 7 1/2 Uhr:
König Richard III.

Komödienhaus.

Abends 8 Uhr:
Hinter Mauern.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Künstlertheater

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorfer 1383.
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.

Residenz-Theater

8 Uhr: **Heilich — der Franz!**
Wustfällige Grotte in 3 Akten von Arthur Landberger und Will. Wolf.
Mittwoch u. f. Tage: **Hohel — der Franz!**
Sonntagnachm.: **Schlafwagenkontrol.**

Metropol-Theater.

Abends präzis 7 1/2 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Passage-Panoptikum.

Der unersättliche **Froschschlucken.**

Halbtündlich eine Mahlzeit lebender Fische und Frösche.
Cols Experimente:
Aus dem Jenseits
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Polenblut.**
Com. nach. 8 1/2 U.: Der liebe Augustin
Neues Opern-Theater (Kroll).
Abends 8 Uhr: **Nurtha.**

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. K. Schwarzschild:
Ueber die Physik der Sonne.
Hörssaal 8 Uhr: Prof. Dr. Lindner:
Der Nachweis der unsichtbar in der Luft schwebenden Mikrobenkeime.

Theater am Nollendorferplatz 8.

Abends 8 Uhr:
Freddy und Teddy.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.

Nur noch 4 Tage:
Die Kino-Königin
Operette in 3 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonntag, den 25. Jan., nachm. 3 Uhr: **Die Kino-Königin.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Einmalige Aufführung:
Das erste Ehejahr.
Schauspiel in 3 Akten von G. Bitterfeld.

Walhalla-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr: **Tangosieber.**
Gr. Hofe in Gel. u. Tanz in 3 Akten von E. Urban. Musik v. Hugo Dietz.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Grenad.-Regts. Dirig. Oberm. A. Becker
und Tegernseer und Zillertaler Musikanten,
Dirig. Hans Starp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritte.

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends:
Das stimmungsvollste Bayr. Bockbier-Fest.

Mittwochs u. Donnerstags:
Elite-Tag.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Dienstag, den 20. Januar:
Elitetag! Prämiierung!
Prämiert wird:
Das eleganteste Tango-Tänzer-Paar!
3 bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— Mark.
Anmeldungen nur bis 1/2 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Morgen, Mittwoch, den 21. Januar:
Elites-Tag! Prämiert wird
Der originellste Amateur-Kapellmeister.
3 bare Geldpreise: 30.—, 20.—, 10.— M.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr:
Der Schürzenjäger.
Hofe mit Gelang u. Tanz in 3 Akten.
Musik von Walter Jacher.
Morgen: **Der Schürzenjäger.**

Casino-Theater

Lothringers Str. 27. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volkstheater:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Dienstag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Elite-Vorstellung.
U. a.:
Crescendo und Forrest komischer Musical-Akt.
Original Little Freds kunstreichende Hände.
Therese Reus dress. Elefanten u. Ponys.
Ceven-Truppe akrobat. Tanz-Drachseil-Akt.
Um 9 1/2 Uhr:
Die neue große Ausstattung in 7 Bildern:
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Casino-Theater

Lothringers Str. 27. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volkstheater:
Die alle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 U.: Geheimnisse v. New York.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Abend.
Harino, der Bezwingen des Autos.
„Im Reiche der Mitte“, U. a. erste Jongleur- u. Gaufler-Truppe.
3 Renards prima Luft- u. Jongl. Kunstst. aller großen Spezialitäten.
Zum Schluss:
„Pompeji“
Orig. Inszenierung. Pantomime des Nihilus Stuch in 5 Akten. Uffern.

WINTERGARTEN

YVETTE
Robert Steidl
Willy Pantzer Co.
Persien Ballettdivertiss. Kostüme: Paul Poirat, Paris

Bowden u. Stol. Robert u. Robert. Charlene u. Charlene. Farben-Ballett. Hau-Ping-Chien-Truppe. Paris-Trio. Wyste u. Whysa. Kinematograph.
— Rauchen gestattet! —

APOLLO THEATER

8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.
Hiesem-Lachstürme!

Hartstein

in
Der Stolz d. 3. Kompagnie.
Kommen! Sehen! Jubeln!
und das gr. Januar-Prögr. u. a. **Bernhard Hörbitz** **Oskar Schwarz** mit seinen 6 American Girls.
Rauchen gestattet.

Admiralspalast.

Eis-Arena.
Heute 2 Vorstellungen nachm. 7 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Nachmittags und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise.

UT LICHTSPIELE
Täglich:
Die Landstrasse
im U. T. Weinbergsweg 16-17. U. T. Reinickendorferstrasse 14.

Folies Caprice.

Anfang präzis 8 1/2 Uhr
Der Kuckuck.
Manöverschwindel.
Die Samuels.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Neu: No. 13!
Urkommische Burleske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen:
Elne Hochzeit in der Müllerstraße.

Gewerkschaftliches.

Die Ordnungsbestia in Südafrika.

London, 18. Januar 1914. (Eig. Ber.)

Was geht in Südafrika vor sich? Eine strenge Zensur wacht darüber, daß nichts, was die Öffentlichkeit über den wahren Stand der Dinge aufklären könnte, an das Licht des Tages gelangt. Wir hören nur den delirischen Jubel der den Goldgrubenbesitzer ergebenden Londoner Kapitalistenpresse über die Wirkung des in den Streikgebieten seit Dienstag proklamierten Standrechts, das dem Streik das Genick gebrochen haben soll. Ein Blatt, der „Daily Telegraph“, ist vor Freude ganz aus dem Häuschen und schreibt von dem „südafrikanischen Vorbild“. Wann, o wann, o wann, es aus den Spalten der englischen Kapitalistenpresse, wird eine Regierung hierzulande den Mut haben, gegen die „Sundikalisten“ — das Wort Gewerkschaften sieht man in dieser Presse überhaupt nicht mehr — so forsch aufzutreten, wie Gladstone und Bother in Südafrika?

Doch Lügen haben bekanntlich kurze Beine. Ein einzelner kann sich mit Geschick vielleicht jahrelang durchlügen, doch wenn wie heute in Südafrika das Lügen von Tugenden betrieben wird, da kann man durch Zufall auch einmal ein Stückchen Wahrheit erkennen. Wohl die dickste Lüge, die in den letzten Tagen herübertelegraphiert worden ist, betrifft die sogenannte Belagerung des Gewerkschaftshauses zu Johannesburg, in dem sich der Vorstand des Gewerkschaftsbundes befand. Das Haus wurde vom 10. bis zum 15. Januar von der Polizei und dem Militär belagert. Von Anfang an hieß es, daß sich in dem Gewerkschaftshaus 300 bis an die Zähne bewaffnete Menschen befänden, die entschlossen seien, ihr Leben teuer zu verkaufen. Aber zwischen diesen Nachrichten liefen indiskrete Meldungen ein, nach denen man im Gewerkschaftshaus ein- und ausginge und in denen versichert wurde, daß den im Gewerkschaftshaus befindlichen Personen von einem benachbarten Hotel regelmäßig Essen gebracht wurde. Das hinderte den Oberlügenpeter jedoch nicht, in seiner Schauerromantik fortzufahren. Noch am 14. erzählte Reuters in einem langen Telegramm von der verzweifelten Bande, die sich in dem Gewerkschaftshaus verschanzt habe. Es hieß, die Bewohner des Gewerkschaftshauses hätten alle Zugänge verrammelt, die Fenster mit Ziegelsteinen ausgefüllt und nur Schießscharten gelassen. Gewaltige Mengen Munition und Waffen seien im Gebäude aufgespeichert. Und um dem Wille den Schein der Wahrheit zu geben, brachte der Korrespondent eine Unterredung mit den Bewohnern dieser furchtbaren Festung.

Am 15. ließ die Regierung, die sich wohl ärgerte, daß die Gewerkschaftsführer nicht auf die Straße kamen, um sich ohne Grund verhaften zu lassen, einen Zwölfpfünder auffahren und drohte, das Haus zusammenzuknicken. Darauf kamen die unbewaffneten „Revolutionäre“ heraus. Ganze 35 Mann waren es und hinterher humpelte einer mit einem hölzernen Bein. Von Waffensunden ist nichts gemeldet worden. Hätte man auch nur ein großes Taschenmesser gefunden, so könnte man sicher sein, daß es sich bei dem gegenwärtigen Stand der südafrikanischen Verichterstattung schon längst in einen „Wald von Bajonetten“ verwandelt haben würde! Zwei Tage nach der Verhaftung des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes suchte man schon die Spuren dieser infamen Lüge zu verwischen. Die Kapitalisten-

blätter redeten in dunklen Andeutungen von 200 Leibwachen der Streikführer.

Die Beschreibungen, die uns telegraphisch aus Südafrika zukommen, sind nichts als Stimmungsmache. Einzelne Korrespondenten, die nicht in den hysterischen Ton verfallen, bemühen sich zwar, eine vorurteilsfreie Schilderung der Situation zu geben, aber ihre Meldungen sind durch die Zensur so offenbar entstellt, daß sie ihren Zweck verfehlen. Doch zwischen den Zeilen kann man manches lesen. Mit großer Genugtuung registrierte die kapitalistische Presse die Worte des Premierministers Botha, der erklärt hat, daß er die Streikenden klein kriegen werde und daß er garantieren könne, daß nach dieser Bewegung Südafrika eine Generation lang seinen Streik mehr sehen werde. Um dieses Ideal zu verwirklichen, hat er russische Zustände eingeführt. In allen Streikgebieten herrscht das Standrecht. Alle Arbeiterführer und Hunderte von Arbeitern sind verhaftet worden. Versammlungen sind verboten. Wer einen Polizisten oder Soldaten schief ansieht, setzt sich der Gefahr aus, erschossen zu werden. Streikende werden von der mobilisierten Bürgerwehr einfach als Verbrecher verhaftet. In der Arbeiterstadt Germiston verhaftete man alle Leute auf der Straße, die rote Rojetten trugen. In Johannesburg regnet es Gefängnisstrafen und Geldbußen. Alle Gefetze sind abgeschafft, es herrscht die Anarchie des Militärs. Botha muß den Kapitalisten sein Wort halten. Nicht nur der Streikbewegung, sondern der Gewerkschaftsbewegung überhaupt will er den Garauß machen. Die bewaffnete Macht der Union dringt in die Bureaus der Gewerkschaften ein, verhaftet die Angestellten und beschlagnahmt die Dokumente und das vorgefundene Geld. Es wird gemeldet, daß die Polizei die im Gewerkschaftshaus zu Johannesburg gestohlenen Dokumente verbrannt hat. Hat Herr Botha einmal das Vermögen der Organisationen weggenommen, die Dokumente verbrannt und die Führer des Landes verwiesen, so glaubt er, mit der Arbeiterbewegung fertig zu sein.

Dies scheint sein Plan zu sein. Allen Anschein nach haben die Arbeiter mit dieser brutalen Vergewaltigung nicht gerednet. Ihr ganzer Plan deutet auf eine friedliche Demonstration gegen die Regierung, die die Eisenbahner zum Streik gezwungen und dann ihre Führer verhaften lassen. Außer einigen bei jedem Streik auftauchenden Zwischenfällen, die selbst die Phantasie trainierter Sensationsjournalisten nicht hat aufhauen können, ist auch nicht ein Fall von Gewalttätigkeit seitens der Arbeiter verzeichnet worden. Die passive Resistenz gegen die Gewalttätigkeiten der Herrschenden war von Anfang an die Lösung der südafrikanischen Arbeiter. Das paßt aber den herrschenden Anarchisten schlecht in den Kram. Daher die Erfindungen von der „drohenden“ Lage in Südafrika. Zuerst hörte man von dem gewalttätigen Charakter der Arbeiter und namentlich der Bergarbeiter, die bis an die Zähne bewaffnet seien und sich nichts daraus machten, Dynamitbomben unter die Polizei oder das Militär zu werfen. Dann folgten Lügen über Dynamitfunde auf den Eisenbahnen. Auch die Unruhen unter den Schwarzen in Jagersfontein, wo ein Bafuto von einem Weißen brutal zu Tode getreten worden war, mußten herhalten, um das Gefühl des Gruselns zu erwecken und die geplante gewalttätige Unterdrückung des Streiks zu rechtfertigen. Lügen über zu befürchtende Aufstände der Schwarzen und eine bevorstehende Hungersnot am Witwatersrand halfen, die Panik zu vervollständigen. Heute, da man die Gehebe abgeschafft und das Ziel erreicht hat, erfährt man, daß sich die Arbeiter überall ruhig verhalten, daß Ruhe und Ordnung das Wesen ihrer Taktik ausmachen.

Kleines Feuilleton.

Jagow, wo bist Du? Gire für die Erhaltung der staatlichen Autorität überaus gefährliche Organisation ist entstanden. Es hat sich ein Verein absteiner Polizeibeamter gebildet.

Hat man höheren Orts die möglichen Folgen einer solchen Organisation bedacht? Man müht sich mit Aufwendung aller staatlichen Nachmittel, die Arbeiterjugend aus den alkoholischen Jugendheimen zu verdrängen, sie der sehr alkoholfreundlichen nationalen Jugendbewegung zuzuführen oder sie doch wenigstens in die Aneipen und Tanzlokale abzutreiben — und die wichtigsten Stützen der staatlichen Autorität geben ein solches Beispiel! Absteiner Polizeibeamte müssen doch ständig in die schwersten Bewusstseinskonflikte kommen. Spitzel erhalten, während sie leutselig eine Einberufung zu Protokoll geben, ein paar Bullen Bier und eine Zigarre. Wohl, damit der Mund besser übergeht. Ein abstinerter Polizeibeamter wird nun sicher versuchen, Milch statt des Bieres einzuführen. Die für unsere Staatsgewalt unentbehrliche Würde der Spitzel, die viel besser an den Schnapsgegnung gewöhnt ist, würde bei der allgemeinen Durchführung einer solchen Reform zweifellos in den Streik treten.

Auch die verächtlichen Bordellbesitzer und Konzessionserwerber und dergleichen werden durch solch einen Kontinentenverband unruhig und in Verlegenheit gebracht. Geschenke an Beamte zu geben ist offiziell verboten. Wenn man auch kein Gastmahl mehr geben, keine Sektflasche aufstischen soll, weil die Beamten Absteiner sind, was bleibt dann noch übrig? Man kann einem Beamten doch zum Teufel nicht statt des Trinkgeldes eine Apfelsine in die Hand drücken!

Wiel gefährlicher ist aber die direkte Untergrabung der Autorität durch abstinerente Beamte. Kann sich jemand vorstellen, daß ein Absteiner imstande wäre, mit Prüfen und Nadenhöfen die nun mal erforderliche heilige Scheu vor der Staatsgewalt zu erwecken? Absteiner kennt man gewöhnlich als ruhige, anständige Menschen von großer Selbstbeherrschung. Der gewöhnliche Staatsbürger (vulgo Plebs), der das Unglück hat, mit einem Vertreter der Polizei in Berührung zu kommen, wird also von jetzt ab von dem Wiesel geplagt sein, er könnte es zufällig mit einem netten Menschen zu tun haben.

Was soll aus Deutschland werden, wenn selbst seine Polizeibeamten nicht mehr gedankenlos, biffige und gefährliche Werkzeuge der oberen Gewalten sind, sondern hardevandende Menschen? Die heiligsten Güter der Nation geraten ins Wanken, der Staat ist in Gefahr. Wir erwarten ein Rechtsgutachten Jagows gegen die gefährliche Vereinigung. Wir fordern den Polizeiminister zum raschen, energischen Einschreiten auf.

Die Würdenträger und die Hyäne. Es ist keine Legende, woß hier erzählt werden soll, sondern nur ein kleines Erlebnis aus dem Berlin von Heute, aus dem Berlin des Ordensfestes.

Auf der Plattform des gelben Autos, das von den Linden nach Golensee fährt, hing es an. Zwei Würdenträger standen da, ein älterer mit gelassener, hochfahrender Miene und ein jüngerer mit strahlenden Augen. Sie trugen ergreifend schöne Uniformen, die sich nach meiner Meinung in einer Oper vortrefflich ausnehmen, die aber im hellen Lichte des Tages und in einem ganz modernen Auto wie ein wunderlicher Spuk wirken.

Die beiden kamen vom Ordensfeste, und sie erzählten sich ihre Erlebnisse und Beobachtungen.

Der Jüngere sagte, in seiner Erzählung fortfahrend: ... Und wie ich mich denn umsehe, sitzt da neben mir ein Mensch mit dem roten Adler dritter Klasse. Der hatte eben Süfel gehabt. Man hätte ihn ja weglassen lassen können, aber schließlich dachte ich mir:

Der andere fiel ihm ins Wort und sagte —: „Das wird ihm für immer eine schöne Erinnerung bleiben.“ Und dann beicht er sich, auch von seiner Großmutter ein Beispiel zu geben, und er sagte nach einem längeren Ansholen über seine offiziellose Vergangenheit: —: „Ja traf da also meinen ehemaligen Bureauvorsteher. ... Allgemeines Ehrenzeichen, wissen Sie. ... Ja winkte ihn heran und konnte ihm dem Kaiser vorstellen, der dann auch mit ihm gesprochen hat. Das ist doch nun für diesen Mann einfach der höchste Augenblick seines Lebens.“

Die andere hatte seine Augen noch viel strahlender werden lassen und sagte: „Gewiß. ... Ah, es gibt doch nichts Schöneres, als wenn man fördern und helfen kann.“

Nun wurde mir angst, und ich sprang schleunigst ab. Und war nach einer Weile im Zoologischen Garten, wo ich im kleinen Hundierhäuse dem sehr seltenen Nebelparder einen Besuch machen wollte. Der erwies sich denn als ein in wunderbarer vornehm Graue gekleideter Teufel, der sehr schlechter Laune war und sich kaum zu einer kurzen Audienz herbeiließ, die er sehr schnell mit Gauseln und anderen Unfreundlichkeiten beendigte.

Am Abend gegenüber wohnte eine Hyäne.

Rein Gott, an wie vielen Hyänen bin ich schon in meinem Leben vorübergegangen, ohne diesen Tieren allzu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Sie waren mir nicht besonders sympathisch. Wir widerstrebt, daß sie sich von Leuten nähern. Man ist ja so ungeheuer einfüllig und in die dummsten und albernsten Vorstellungen eingewickelt. ... Den Kal, der doch auch von Leuten lebt, lieben wir. Wahrscheinlich, weil wir ihn essen können. ... Aber daß die Hyäne nur tut, was sie ihrer Natur nach tun muß, hatte ich mir bislang noch nicht gesagt, und mir war noch nicht aufgegangen, daß sie ja ganz einfach freffen muß, was die anderen ihr übrig lassen.

Also, da wohnte dem Nebelparder eine braune Hyäne gegenüber, die sehr seltsame Bewegungen machte, die mich mit großen Augen, von denen ich plötzlich bemerkte, daß sie schön waren, ansah, und ich hatte mit einem Male die Empfindung, dieses Tier da suche aus dem dunklen Trange nach Järtlichkeit und Liebe einen Anschluß an einen Menschen, der sich die Würde geben möchte, mit ihm gut und freundlich zu sein. Ich entschloß mich also, meine Hand durch das Gitter zu strecken und fing an, die Hyäne zu streicheln und sie, so gut das bei den hundernden Städen gehen moßte, hinter den Ohren und an der schwarzen Schnauze zu kraulen, wie man das bei Hunden und Katzen tut, die man gern hat.

Und nun geschah das Verwunderliche, daß sich dieses so verachtete Tier plötzlich als ein gutes, liebedürftiges Wesen, als ein Spielkamerad zeigte, mit dem man eine ganze Weile hätte verbringen können, denn diese Hyäne hatte eine so hübsche Art sich zu drehen, sich hinzulegen, sich der lieblosesten Hand hinzugeben und sich dabei den neuen Freund mit so wunderlichen Augen anzusehen, daß sich die merkwürdigsten Gedanken regten.

Wird's denn aber nicht von Menschen mit den Menschen gerade so gemacht, daß die niedrig eingeschätzt werden, die sich mit dem zu bescheiden haben, was die andern übrig lassen?

daß die Schwarzen nur bitten, man möge ihnen nichts zuleide tun, und daß die Goldstadt und ihre Umgebung auf Wochen hinaus mit Nahrungsmitteln verjorgt ist.

Vielleicht hat der General Botha die Rolle des Genfers übernommen, um als starker Mann vor der Öffentlichkeit zu erscheinen, als Retter des Vaterlandes. In seiner eigenen Partei rückt ihm nämlich der Boden unter den Füßen weg. Auf der letzten Konferenz der Burenpartei verließen zwei Fünftel der anwesenden Delegierten unter den Generallen De Wet und Herkog demonstrativ das Lokal und bildeten eine neue Partei, weil sie mit der kapitalisten- und engländerfreundlichen Politik Bothas nicht einverstanden waren. Botha lacht offenbar Zühling nach rechts. Wie sich die Gesellschaft Herkog's, der mit der Arbeiterchaft freundliche Beziehungen angeknüpft hat, zu dem Gewaltstreik des Premierministers stellt, ist noch nicht klar. Der General Herkog hat dazu schon Stellung genommen. Was er gesagt hat, ist nicht bekannt. Die kapitalistische Presse bewert nur, daß seine Äußerungen eine neue Episode in der Komödie von Irrungen sei. Komplimente können es mithin kaum gewesen sein.

Die Bothasche Manier, einen Streik zu unterdrücken, ist nicht neu. Es kann einen auch nicht wundernehmen, daß ein politischer Hanswurst wie der englische Stadthalter Lord Gladstone, den das liberale Kabinett vor etlichen Jahren schnell adeln und nach Südafrika verschiffen mußte, weil er über alle Vorlagen, die ihm anvertraut wurden, wie ein dummer August fiel, seinen Segen dazu gegeben hat. Aber was soll nach all diesen Gewalttätigkeiten kommen? Mit Bajonetten kann man alles machen, nur kann man nicht darauf sitzen. Die Arbeiterbewegung, die Herr Botha heute als tot auf der Bahnhalt zu lassen glaubt, wird ihm morgen als grimmiger Feind auferstehen. Wir können deshalb ruhig den Jubel der Ausbeutergesellschaft über die gewalttätige Niederwerfung unserer südafrikanischen Brüder über uns ergehen lassen. Die Gewalt hat noch nichts füriert. Die Anarchisten im Regierungssessel geben sich denselben Illusionen hin wie die Anarchisten am anderen Ende der Gesellschaft.

Berlin und Umgegend.

Unzufriedenheit bei den Angestellten der Siemensbahnen.

Warum werden die Angestellten, Handwerker und Arbeiter der Berliner elektrischen Straßenbahn A.-G. von der Stadt Berlin als Angehörige 2. Klasse behandelt? lautet das Thema einer vom Deutschen Transportarbeiterverband und vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung, die in den „Muffen“ stattfand. Hüller vom Deutschen Transportarbeiterverband schiederte die Verhältnisse, welche die Veranlassung zu dieser Versammlung gaben. Diese ist besonders auf die Fehlerfolge zurückzuführen, welche im städtischen Straßenbahnbetriebe beim Fahrpersonal sowie bei den Handwerkern und Arbeitern zu verzeichnen sind, soweit Lohn- und Dienstverhältnisse in Frage kommen. So erhielten bei der städtischen Straßenbahn alle Fahrer, die länger als zwei Jahre im Dienst stehen, eine Erhöhung der Fahrzulage von 60 auf 80 Pf. pro Tag. Die Angestellten der Berliner elektrischen Straßenbahn A.-G. dagegen erhielten diese Vergütung nicht, obwohl die Aktien des Betriebes ebenfalls der Stadt Berlin gehören. Die Bediensteten der Bahn sind dem auch ebenfalls der Ruhegeldklasse der Stadt angegliedert und die Uebnahme in die Krankenkasse steht unmittelbar bevor. Sowie der Unterschied beim Fahrpersonal besteht, so ist es auch beim technischen Personal. Im Betriebe der städtischen Straßenbahn sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Verkehrsausschuß festgelegt. Im Betriebe der Berliner elektrischen Straßenbahn

Mein Bruder Hyäne, du hast mir da eine gute Lehre erteilt die ich nicht vergessen will.

Mag sein, daß die roten Adler dritter Klasse auch ganz nette Tiere sind —; aber ich will mich doch lieber mit den Hyänen anfreunden.

Ein französischer „Wilhelm Tell“. Das Pariser Odeon führt jetzt eine Bearbeitung des Schillerischen Dramas auf. Die Erstaufführung leitete der bekannte Kritiker Henry Vidou mit einem Vortrage über die Tellage und ihre dichterischen Bearbeitungen ein. Von besonderem Interesse war sein Hinweis auf ein Drama von Lemierre, das 1768 in der Comedie Francaise aufgeführt und dann 1790 mit einigen zeitgemäßen Veränderungen wieder aufgenommen wurde. Der Wilhelm Tell Lemierres ist ein Vorkämpfer der republikanischen Ideen. Die Vaterlandsliebe vereinigt sich bei ihm mit dem Eintreten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und mit der Anerkennung des Lebensrechts aller Völker. Er will ausdrücklich „ein Volk, das wehrhaft ist, ohne erbeigig zu sein“ und nicht abhängig sein, aber auch nicht erobern will. Vidou stellt dem „individualistischen“ Gelden Schillers den „bürger“ Lemierres entgegen, der die Träger von der konstituierenden Versammlung anerkannten Prinzipien verkündigt habe.

Notizen.

Richard Wagners Werke werden noch im Laufe dieses Monats in einer Ausgabe des Wichtigen auch im Insel-Verlag erscheinen. Als erster Verlag bringt Reclam in seiner Universal-Bibliothek sämtliche Wagnerischen Operntexte. Jedes Bändchen bringt eine historische Einführung von G. A. Krue und kostet 20 Pf. (auch die Pfeifersinger). Auch in Heines Volksbücherei erscheinen die gleichen Opern; vorläufig liegt der Parsfall vor mit einer Einleitung von Julius Kapp.

Für die musikalische Einführung in die Wagneroperne empfehlen sich die Erläuterungsbändchen, die von Max Chop für Reclam bearbeitet sind. (Jede Oper 20 Pf.)

Theaterchronik. An Lorkings Todestage wird am Mittwoch im Deutschen Opernhause eine Vorstellung der „Madame“ in erster Besetzung gegeben.

Kunstabend. Dichtungen aus der Welt der Arbeit wird Richard Dehmel, von der Versuchsbühne veranlaßt, am 21. Januar im Theateraal der königlichen Hochschule für Musik vortragen.

Vorträge. Im großen Auditorium der Urania spricht heute Dienstag Professor Dr. Schwarzschilb, Direktor des Königl. Oberatoriums bei Potsdam, in der Reihe der Gelehrtenvorträge über: „Die Whiffel der Sonne“.

Der Dresdener Theaterandal hat zu einer Abkündigung des Künstlerpersonals des Albert-Theaters über den verwegentlichen Direktor René geführt. Eine Anfrage des Aufsichtsratsvorsitzenden der Theatergesellschaft führte die Abkündigung herbei, bei der neun Zehntel der Künstlerchaft sich für René erklärten. Man hofft, daß ein Nachspruch der Aktionäre die erschütterte Rentabilität des Theaters wieder eintrikt.

Das Gleichnis. Der „Simplicissimus“ berichtet: Ein Apotheker einer preußischen Kreisstadt liefert Arzneimittel für die Krankenkasse der Postbeamten. Eines Tages erhält er von der spar-samen Postverwaltung die Anfrage, ob er keine Arzneiflaschen und Pulvergeschälen gegen Entgelt zurücknehme, womit er sich einverstanden erklärt, wenn ihm die Postverwaltung gestatte, einmal benutzte Briefmarken wieder auf die Briefe zu kleben.

A. G. besteht derartige nicht, wenigstens nicht, soweit die Bezahlung in Frage kommt. Hier hängt die Zulage von der Gunst des Meisters oder Vorarbeiters ab. Ohne dessen Zustimmung gibt es keine Zulage, und wenn es sich um den tüchtigsten Arbeiter handelt. Es ist deshalb wohl nicht zu viel, wenn gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie im hiesigen Straßenbahnbetriebe durch den Verkehrsabschluss festgelegt sind, für den Schweißerbetrieb ebenfalls verlangt werden. In der Diskussion wurde der Vorschlag des Referenten lebhaft unterstützt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in den „Küstertälchen“ tagende Versammlung der Straßenbahnangestellten, Handwerker und Arbeiter der Berliner elektrischen Straßenbahn A. G. sind der Ansicht, daß auf Grund der Betriebsveränderung es gerechtfertigt erscheint, den Angestellten sowie Handwerkern und Arbeitern gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie im hiesigen Straßenbahnbetriebe durch den Verkehrsabschluss geregelt wurden, gegeben werden. Die Angestellten, Handwerker und Arbeiter der Berliner elektrischen Straßenbahn A. G. halten es in Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Interesse ihrer Familien für ihre Pflicht, dieses Ersuchen an den Magistrat der Stadt Berlin zu richten.“

Da die Angestellten dieser Bahn schon der Aufgehobenen angehören und die Lebensnahme in die Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin spruchreif ist, so liegt nichts näher, als daß auch diese Angestellten sowie Handwerker und Arbeiter den Angestellten der hiesigen Straßenbahn vollständig gleichgestellt werden müssen.

Die Versammlung sind der Ansicht, daß dieser Wunsch von Seiten des Magistrats leicht zu erfüllen ist und bei gutem Willen in der aller kürzesten Zeit erfüllt werden kann.

Die Versammlung beauftragt deshalb ihre zuständigen Organisationen in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte zu unternehmen und verpflichtet sich gleichzeitig für den Ausbau derselben nach besten Kräften Sorge zu tragen.“

Deutsches Reich.

Ausperrung in der Münchener Schuhindustrie.

Die Münchener Schuhfabrikanten haben den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen die Kündigung für den 28. Januar zugeben lassen. Als Grund der Kündigung bezeichnen die Herren Unternehmer, daß die örtliche Leitung des Schuhmacherverbandes ihre Aufforderung, bis 14. Januar neue Tarifverträge abzuschließen, unbeantwortet gelassen habe. In der neuesten Nummer des „Schuhmarkt“, dem Unternehmerorgan, wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß die Hilfsorganisation trotz Aufforderung ihre Forderungen nicht eingereicht habe. Beides ist unrichtig. Die Organisationsleitung hat sowohl in ihrem ersten wie in ihrem neuesten Antwortschreiben in der bestmöglichen Form mitgeteilt, daß sie jederzeit bereit sei, neue Verträge abzuschließen, wenn diese den berechtigten Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechen. Die Herren Unternehmer haben aber auch neue Vorschläge von der Hilfsorganisation gar nicht verlangt, ganz abgesehen davon, daß ihnen in der letzten Sitzung des Einigungsamtes von den Vertretern der Organisation die reduzierten Forderungen bereits unterbreitet wurden. — Die wenigen nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich mit ihren organisierten Kollegen solidarisch erklärt und haben ebenfalls die Kündigung eingereicht. — Der Streik in der Regensburger Schuhfabrik dauert noch wie vor fort. Die Ausständigen hier befinden sich in der Abwehr bedeutender ihnen zugemuteter Verschlechterungen. Die verzweifelten Anstrengungen der Unternehmer, Arbeitswillige zu bekommen, waren bisher vergebens. — Es wird dringend ersucht, der Zugang von Fabrikshuhmachern, Steppern usw. nach wie vor fernzuhalten.

Ausland.

Der Kampf der österreichischen Buchdrucker.

Trotz des Terrorismus, der von den Wiener Scharfmachern auf die Buchdruckerbetriebe, die zum Frieden mit den Arbeitern geneigt sind, ausgeübt wird, hat sich nach der „Wiener Arbeiterzeitung“ die Zahl der Betriebe, in denen schon nach den Grundzügen des Gehilfenarbeitsvertrages gearbeitet wird, auch gestern wieder vermehrt. Es sind in Österreich rund 800 Betriebe mit nahezu 3600 Gehilfen und mehr als 900 Hilfsarbeitern, für welche der Kampf mit dem Siege der Arbeiter beendet ist. Rechnet man die 2200 Gehilfen dazu, die in Wiener Zeitungsbetrieben, in Straßenscheitern und Stereotypen und in den Staatsbetrieben arbeiten, so begreift man, daß die Scharfmacher über den Erfolg ihrer Ausperrung keineswegs erfreut sind. Nun könnte ihnen allgemein die Erkenntnis aufdämmern, daß es ihnen niemals gelingen wird, die Kraft der Arbeiterorganisation zu brechen.

Provinzialkonferenz der Lagerhalter.

Ungefährlich im Januar halten die Konsumgenossenschafts-Lagerhalter der Provinz Brandenburg eine Konferenz ab, um in Gemeinschaft mit Vorstands- und Verwaltungsmitgliedern Genossenschaftsfragen zu besprechen. Die diesjährige, von der Lagerhaltersektion des Handlungsgesilfenverbandes einberufene Konferenz tagte am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus.

Auf der Tagesordnung stand das Thema:

Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen.

Der Referent Döhnel wandte sich gegen den von Müller, Kaufmann und Professor Staudiger vertretenen Standpunkt der Neutralität und betonte, die Konsumgenossenschaften seien Arbeiterorganisationen, die Arbeiterinteressen wahrzunehmen haben. Sie müssen von sozialistischem Geiste erfüllt sein. Nur in enger Fühlung mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse können die Konsumgenossenschaften ihre Aufgabe erfüllen. Gemeinsam haben diese drei Zweige der Arbeiterbewegung, jeder in seiner Art und auf seinem Gebiet, den Kapitalismus zu bekämpfen. — Ferner besprach der Referent die Einrichtung der Bezirkskonsumvereine. Er bezeichnete es als begreifbar, wenn sich kleine örtliche Vereine zu leistungsfähigen Bezirksvereinen zusammenschließen, erklärte es aber als notwendig, daß mit dem Zusammenschluß eine innere Reorganisation vor sich gehe. Eine zu weit getriebene Zentralisation in der Verwaltung bringe mancherlei Uebelstände mit sich. Vor allem würde sie in der Richtung, daß die demokratische Verwaltung verdrängt und durch eine bürokratische, ja autokratische ersetzt werde. Die Entwicklung in dieser Richtung werde durch die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine begünstigt. Der Entwurf des Musterstatuts für Bezirks-Konsumvereine, welcher dem Genossenschaftsrat des Zentralverbandes zur Beratung vorliegt, lasse die Verdrängung der Demokratie durch die Bürokratie deutlich erkennen. Insbesondere verwies der Redner auf die Bestimmungen des Entwurfs über den Genossenschaftsrat, auf dessen Zusammensetzung und Tätigkeit dem Vorstände ein großer Einfluß eingeräumt werde. Der Entwurf sei den Bezirksvereinen zugesandt und manche derselben hätten die Bestimmungen des Entwurfs bereits in die Praxis übergeführt. Der Redner ist der Meinung, daß der Genossenschaftsrat, dem hauptsächlich die agitatorische Tätigkeit obliegt, nicht notwendig sei. Das beste Agitationsmittel seien gute und preiswerte Waren. Der Konsumverein Leipzig-Blagwitz habe keinen Genossenschaftsrat, aber er habe pro Kopf der Mitglieder einen weit größeren Umsatz als die Genossenschaften in Hamburg und Berlin. Die von Zeit zu Zeit im Interesse der Agitation veranstalteten Warenstellungen hätten auch eine hebenwürdige Seite, denn das gute Aussehen einer Ware sei nicht immer maßgebend für ihren Wert. So sehr der Zusammenschluß zu Bezirks-Konsumvereinen begrüßt werden könne, so müsse man sich doch dagegen wenden, daß er erlaubt

werde durch ein Zurückdrängen der Demokratie und ein Überwiegen der Bürokratie, die schließlich zur Autokratie der Verwaltung führe. — Es müsse die Aufgabe aller Freunde der Genossenschaftsbewegung sein, den Antisocialen entgegenzutreten, welche in der Leitung des Zentralverbandes herrschen. Ein anderer Weg müsse in den Genossenschaften zur Geltung gebracht werden. Die Genossenschaftler mühten erziehen werden in demselben Sinne wie die Mitglieder der Partei und Gewerkschaft. Alle drei Zweige der Arbeiterbewegung mühten gemeinsam kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus.

Dem mit Beifall aufgenommenen Referat folgte eine mehrstündige Diskussion. Alle Redner stimmten dem vom Referenten vertretenen Grundsatze zu. Besonders wurde betont, daß der Konflikt mit den Buchdruckern in Hamburg und den Tabakarbeitern in Frankfurt am Main geeignet wäre, die Genossenschaftsbewegung zu schädigen. Die Verwaltung hätte es nicht dahin kommen lassen dürfen, daß diese Konflikte ausbrächen. Auch die Haltung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes“ entspreche nicht dem Empfinden der Arbeiter.

Rirus (Vorstandsmitglied der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung) sagte, er wolle auf die Ausführungen des Referenten über bestimmte Personen in der Leitung des Zentralverbandes nicht eingehen, da es nicht angebracht sei, über Abwesende, die sich nicht verantworten können, zu diskutieren. Die betreffenden Personen vertreten ihre Überzeugung, gegen die sie sich geistig manchen sagen lasse, nach der man aber nicht die ganze Genossenschaftsbewegung beurteilen dürfe. Man beurteile ja auch nicht die ganze Partei nach den Äußerungen einzelner extremer Mitglieder. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Ausführungen des Referenten über den Genossenschaftsrat und die Bezirksvereine. Das Musterstatut sei ja erst eine Vorlage, die von einer Kommission beraten werde. Ehe es in endgültiger Fassung vorliege, könne man sich nicht auf dessen Bestimmungen berufen. Der Genossenschaftsrat sei eine notwendige Einrichtung, die gerade im Interesse der Mitglieder liege. Der Genossenschaftsrat sei eine Vertretung der Mitglieder, also eine durchaus demokratische Einrichtung. Bis jetzt habe noch kein Mitglied des Genossenschaftsrates sich abhängig von der Verwaltung gefühlt. Die Verwaltung denke auch nicht daran, den Genossenschaftsrat zu einem von ihr abhängigen Organ zu machen. Die vom Referenten so gedeuteten Vorschläge des Musterstatuts sollten nur eine Zusammenfassung des Genossenschaftsrates durch sachkundige Personen und ein harmonisches Zusammenarbeiten mit den Lagerhaltern ermöglichen. Wenn der Referent meinte, der Konsumverein Leipzig-Blagwitz habe deshalb einen größeren Umsatz, weil er keinen Genossenschaftsrat habe, so sei das ein Irrtum. In Leipzig-Blagwitz würden Waren geführt (Konfektion, eigene Fleischerie), die in Berlin nicht im Konsumverein geführt werden; also müßte dort auch der Umsatz pro Kopf entsprechend höher sein. Dazu komme, daß Berlin in den letzten Jahren einen so rapiden Aufschwung der Mitgliederzahl erfahren habe, daß ein großer Teil wegen weiter Entfernung von den Verkaufsstellen noch nicht Käufer des Konsumvereins geworden sei. — Weiter bemerkte der Redner, er stimme dem Referenten darin zu, daß bei größerer Ausdehnung eine gewisse Dezentralisation Platz greifen müsse und daß die Genossenschaftsbewegung in Fühlung bleiben müsse mit den anderen Zweigen der Arbeiterbewegung. In Berlin sei das ja der Fall.

In ähnlichem Sinne sprach Gütler (Mitglied des Aufsichtsrates). Unter anderem sagte er, es sei kein Zeichen von genossenschaftlichem Geiste, daß bei der Weihnachtsunterstützung der Arbeitslosen Gutscheine für Warenhäuser ausgegeben würden.

Döhnel bemerkte in seinem Schlußwort, Rirus sei auf den Hauptpunkt: Stellung der Genossenschaften zur Arbeiterbewegung leider nicht eingegangen. Was die Personen vertreten, die an leitender Stelle im Zentralverband stehen, das könne doch nicht als deren Privatmeinung angesehen werden. Solange solche Personen an der Spitze stehen, müsse ihr Standpunkt als der der Zentralverbandsleitung angesehen werden. Im Gegensatz zu diesen Äußerungen aber müsse immer wieder betont werden, daß nichts feindlicher zu wünschen sei als ein Hand-in-Hand-arbeiten der Konsumgenossenschaften mit den Gewerkschaften und der Partei.

Eine Probe aus der gefüllten Kompottschüssel.

In der Bandagenwerkstatt des „Bochumer Vereins“ war im April 1913 der Arbeiter M. von einem schweren eisernen Sebel, der zurückschleunete, an den Hinterkopf geschlagen worden. M. taumelte, wurde von seinen Mitarbeitern aufgefunden und fortgebracht. Der Arzt hatte eine Quetschung der rechten Kopfseite, eine Wunde und Gehirnschwellung festgestellt und Bettruhe verordnet. Da M., der erst kurze Zeit vorher mit seiner Familie aus Thüringen zugewandert, in sehr schlechten Verhältnissen sich befand, versuchte er schon nach einigen Tagen wieder zu arbeiten. Er vermochte jedoch die Arbeit nicht auszuhalten, und da er die erbetene leichtere Arbeit nicht erhielt, sah er sich genötigt, zu kündigen. Noch vor Ablauf der Kündigungsfrist mußte er den Arzt wieder aufsuchen, der ihn ins Krankenhaus überwies. Als er sich ein wenig besser fühlte, wurde er auf seinen Wunsch entlassen, damit er eine, ihm vermutlich passende Arbeit, die er sich auf einem anderen Werk besorgt, aufnehmen könne. Als M. nach etwa einem halben Jahr einmal bewußtlos umfiel, stellte er Antrag auf Unfallsrente. Der Antrag wurde von der Sektion 7 der Mitten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, deren Vorsitzender der Direktor des Bochumer Vereins ist, abgelehnt. Als Grund wurde angegeben, daß M. schon vor dem Unfall über Kopfschmerzen geklagt habe und daß der Unfall erwerbsbeschränkende Folgen nicht hinterlassen hätte. M. veräumte aus Unkenntnis, gegen den Ablehnungsbescheid Verurteilung einzulegen, und damit war er seines Anspruchs endgültig verlustig.

Aber das dicke Ende kam noch nach. Er erhielt oben drein eine Anklage wegen versuchten Betruges. Die Anklage wurde damit begründet, daß M. nach dem Protokoll, das während einer der Krankenhausbehandlungen aufgenommen worden war, gesagt haben sollte, er hätte vor dem Unfall nie Kopfschmerzen gehabt und sei gesund gewesen. Damit sollte er arglistig verschwiegen haben, daß er zwei Jahre zuvor über neuralgische Kopfschmerzen geklagt und die deshalb bei der Militärbehörde Anspruch auf Entschädigung gestellt hatte. Zum anderen sei durch das Gutachten des Kreisarztes und eines Krankenhausarztes erwiesen, daß der Unfall erwerbsbeschränkende Folgen nicht hinterlassen habe.

In der Verhandlung vor dem Bochumer Schöffengericht erklärte der Angeklagte, daß er die bei der Vernehmung im Krankenhaus gestellte Frage in dem Sinne aufgefaßt und beantwortet habe, daß er Schmerzen der Art, wie er sie seit dem Unfall im Hinterkopf habe, vor dem Unfall nicht gekannt. Im übrigen seien seine früher beklagten neuralgischen Kopfschmerzen schon lange vor dem Unfall geschwunden gewesen. M. verwies zur Bekräftigung dieser Angabe auf ein ärztliches Attest aus dem Jahre 1911, in welchem er von einem Kantonalarzt als gesund und für den Zivildienst tauglich erklärt wird. Er beklagte sich, daß der Krankenhausarzt, der mit dem Kreisarzt gemeinsam das ungünstige Gutachten abgegeben, seine Bitte, eine Röntgenuntersuchung vorzunehmen, lobend abgelehnt und die dann ausgesprochene weitere Bitte, um Untersuchung durch einen Spezialarzt, mit

seiner Verweisung aus dem Krankenhaus „wegen Ungebühr“ beantwortet worden wäre.

Die beiden Ärzte waren als Gutachter geladen. Sie stellten die Verletzung für eine sehr leichte und glaubten nicht, daß die Beschwerden, die M. gehabt haben möge, erwerbsbeschränkende Umfang gehabt haben oder noch haben. Bei der neuralgischen Anlage des Angeklagten möge er seine Kopfschmerzen auf den Unfall zurückführen. Die Anträge des Angeklagten um Vernehmung der Unfallzeugen und Anhörung eines anderen Gutachters wurden abgelehnt, seine Darstellung vom Unfall als richtig unterstellt. Antrags des Staatsanwalts: 40 M. Geldstrafe. Urteil: 5 M. Geldstrafe.

Der Angeklagte, der 30 Jahre alt und noch nicht vorbestraft ist, kratzte sich das Geld für einen Verteidiger zusammen und legte Verurteilung ein. Ueber diese wurde am Freitag verhandelt. M. wurde vom Vorsitzenden in ein ungewöhnlich scharfes Verhör genommen, wobei der Vorsitzende immer wieder auf die Worte in dem Protokoll hinwies, mit Ausdrücken, wie: da haben Sie doch gelogen! Und obwohl der Kreisarzt zugeben mußte, daß M. bei der ersten Untersuchung von selbst seine früher gehaltenen neuralgischen Kopfschmerzen erwähnt, schmitzt der Vorsitzende die weiteren Rechtfertigungsversuche, wiederholt mit der Hand auf den Tisch schlagend, ab: Die Sache ist aufgeklärt! Ein Glück für den Angeklagten, daß er diesmal einen Verteidiger hatte, der die Sache wieder auf die Beine stellte. Das Urteil lautete denn auch auf Freisprechung.

Die bürgerliche Ehre ist also das einzige, was der arme Teufel aus seiner Bekanntschaft mit der Berufsgenossenschaft gerettet hat. — Um Haarsbreite aber wäre wieder einer der „berühmten“ Betrugsfälle fertig gewesen, mit denen die Scharfmacher gegen die Unfallversicherung hegen.

Vor fünfzehn Jahren leitete die Frauereberufsgenossenschaft gegen einen Unfallverletzten das Verfahren wegen Betruges ein. Sie hatte ihn durch einen Privatdetektiv beobachten lassen. Der verletzte Arbeiter hatte unzweifelhaft, wiewohl er voll erwerbsunfähig war und die Vollrente bezog, leichte Arbeiten gegen Entgelt verrichtet. Die Berufsgenossenschaft nahm an, Simulation läge vor. Das Gericht kam zu einer Freisprechung. Es nahm auf Grund zahlreicher ärztlicher Gutachten als unzweifelhaft festgestellt an, daß der Verletzte infolge des Unfalles erwerbsunfähig, ja rechnungsunfähig geworden war. Damals nahmen wir gegen solche Veruche, durch Strafverfahren die Renten abzugewinnen, entschiedene Stellung. Auch im Reichstag wurde diese Verhandlung der Rechte der Unfallverletzten und des Betrugsparagraphen gezeigelt. Einige Jahre sah man von ähnlichen Wankern ab. Dann wurde in Frankfurt a. M. vor einigen Jahren ein Kranker in zweiter Instanz wegen vermeintlichen Betruges bestraft, weil er seinen Zustand schlimmer hingestellt haben sollte als der Wahrheit entsprach. In neuerer Zeit mehrten sich die Fälle, in denen auf dem Gebiet der gesamten Versicherungsgegebung in ähnlicher Weise wie in eben geschilderter Verurteilung, krank oder invaliden oder unfallverletzten Arbeitern eine Verurteilung wegen Betruges anzuhängen, weil sie ihr Verden übertrieben oder weil sie falsche Behauptungen aufgestellt hätten.

Einsolches Verfahren widerspricht unter allen Umständen dem Recht und dem Rechtsempfinden. Betrug liegt dann nie vor, wenn es an dem kausalen Zusammenhang zwischen der Erregung eines Irrtums und der Vermögensbeschädigung fehlt. Solcher Zusammenhang fehlt aber in all den Fällen der gedachten Art, soweit nicht etwa bewusste Erfindungen vorliegen, denn die Kranken-, Unfall- oder Invalidenunterstützung ist nicht auf Grund der Angaben des Arbeiters, sondern auf Grund der sachgemäßen von Amts wegen zu erfolgenden Prüfung der zuständigen Organe zu zahlen. Im gleichem Sinne hat das Reichsgericht und das Kammergericht in den Fällen entschieden, in denen ein Beamter (z. B. ein Gerichtsvollzieher) sich durch unwahre Angaben von seiner pflichtgemäßen Handlung (z. B. der Durchführung der Wohnung) abhalten läßt. Geht man arbeiterfeindlichen oder auch nur bürokratisch-fiskalischen Interessen von dieser Praxis ab, dann ist kein Kranker, kein Unfallverletzter, kein Invalide vor Betrugsanklagen sicher, insbesondere kein Neuralgiker oder hysterischer, dessen krankhafter Zustand häufig Uebertreibungen hervorruft. Stellt man sich auf einen anderen Standpunkt, so sei man konsequent. Dann gäbe es kaum noch einen Kassen- oder Berufsgenossenschaftsvorstand, der nicht wegen Betruges zu verurteilen wäre. Denn Betrug verübt auch der, der durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen eine Vermögensbeschädigung des Arbeiters herbeiführt. Und liegt solche Vermögensbeschädigung nicht in den Tausenden von Fällen vor, in denen der Berechtigte erst in letzter Instanz zu seinem Recht kommt, weil die Tatsache der Erkrankung oder des Unfalles zu unrecht bestritten oder der Grad der herbeigeführten Erwerbsminderung zu niedrig von den Instanzen eingeschätzt war, wiewohl die Wahrheit zu ermitteln ihre Amts-pflicht ist?

Soziales.

Streik in einer Lungenheilstätte.

In der bei dem hiesigen Dorfe Winterlosen belagerten Lungenheilstätte kam es am Sonntag zu einer Selbsthilfe der etwa 80 Insassen. Sie hatten sich wiederholt über die schlechte Behandlung beklagt, die ihnen von Seiten der Anstaltsangestellten zuteil wurde. Die Leitung der Lungenheilstätte schenkte aber diesen Klagen der Patienten keine Beachtung. Da die Patienten keinen anderen Ausweg mehr fanden, beschloßen sie einmütig, mit ihren Häftgen die Anstalt zu verlassen. Diesen Beschluß setzten sie auch sofort in die Tat um, ohne daß das Personal sie trotz eifrigster Anstrengungen daran zu hindern vermochte.

Recht erbauliche Zustände müssen in der Anstalt herrschen.

Patriarchalisches Arbeitsverhältnis.

Kürzlich berichteten wir über einen Fall, in dem ein ostpreussischer Agrarier sein Dienstmädchen zum Reineid verleitet hatte. Heute haben wir über einen gleichen Fall aus Gr. Lichtenau (Kreis Marienburg) zu berichten. Der dort ansässige Gutbesitzer Große unterhielt mit einem Stubenmädchen ein Liebesverhältnis. Das führte zu Differenzen mit der Wirtschafterin des Agrariers. Die Folge war, daß die Wirtschafterin die Stelle verließ und verflagt wurde, weil sie den Gutbesitzer Große „beleidigt“ haben sollte, als sie von dessen intimen Verhältnisse mit dem Stubenmädchen erzählte. Vor dem Marienburger Schöffengericht beschworen Große und sein Stubenmädchen, daß sie keinen intimen Verkehr miteinander gehabt hätten. Aber die Sache war doch wahr. Jetzt sind Gutsherr und Stubenmädchen verhaftet.

Gerichtszeitung.

Dreizehn Jahre Zrennhaus.

Einer gegen den Polizeipräsidenten von Berlin gerichteten Verwaltungsstreitsache, die den hiesigen Bezirksauschuss beschäftigte, lag eine erschütternde Dorf-Tragödie zu Grunde. Der Ackerwirt Jimmel in Westpreußen führte im Jahre 1893 einen Zivilprozess um Rückzahlung eines Darlehensbetrags von 100 M. Er wurde von dem Beklagten dann in einer Strafangelegenheit beschuldigt, in dieser Sache versucht zu haben, zum Reineid zu verleiten. Jimmel, der behauptete, daß es sich nur um eine harmlose Redewendung handelte, wurde in Untersuchungshaft genommen. Als er nach fast einjähriger Dauer dieser Haft zur Verhandlung vor dem Schwurgericht in Königsberg vorgeführt wurde, stürzte er sich zum Fenster hinaus und erlitt schwere Verletzungen. Nach längerer Krankenhausbehandlung entlassen, blieb er bis zum 13. Dezember 1900 auf seiner Wirtshaft. An diesem Tage wurde er auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Beobachtung seines Geisteszustandes auf 6 Wochen der Zrennanstalt in Neustadt in Westpreußen überwiesen und am 26. Januar 1901 wieder aus der Anstalt entlassen. Das schwebende Strafverfahren wurde auf Grund des Gutachtens der Anstaltsdirektion eingestellt, weil Jimmel inzwischen in Geisteskrankheit verfallen sei. 14 Tage darauf wurde J. auf polizeiliche Anordnung von seiner Wirtshaft nach der Zrennanstalt zurückgebracht da er durch das Gutachten der Anstaltsdirektion auch für gemeingefährlich erklärt worden war. Im Jahre 1902 wurde er ohne jeden Zeugenbeweis lediglich auf Grund des Gutachtens des Anstaltsdirektors entmündigt und seine Ehefrau ihm zur Vormünderin gestellt, damit diese die notwendig gewordene Aufsicht der Ackerwirtschaft an die Kinder bewirken konnte. Alle seit einem Jahrzehnt gestellten Anträge der Ehefrau auf Entlassung des Internierten scheiterten an dem auf das Gutachten der Anstaltsdirektion gestützten Widerspruch der Polizeibehörde. Im Jahre 1912 wurde dann bei dem Polizeipräsidenten in Berlin der Antrag gestellt, die Zustimmung zur Entlassung des Internierten zu seinen in Berlin wohnhaften Töchtern und Schwieger söhnen zu erteilen. Aber auch dieser Antrag wurde auf Grund einer Neuerung der Anstaltsdirektion vom 28. Oktober 1912 zurückgewiesen. Nunmehr erhob Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried als Prozeßvollmächtigter der Frau Klage beim Bezirksauschuss auf Aufhebung dieser polizeilichen Verfügung. Eine nochmals eingeforderte gutachtliche Neuerung des Anstaltsdirektors schloß mit der Erklärung, daß er den Jimmel „zwar noch für geisteskrank, aber nicht mehr für gemeingefährlich halte, da er so gut wie gar nicht von seinen Töchtern in feindseligem und gewalttätigem Sinne beeinflusst werde, friedlicher und milder gestimmt und vor allem körperlich sehr schwach und hilflos geworden sei.“ Der Polizeipräsident von Berlin ließ nunmehr auch seinen Widerspruch gegen die Entlassung des J. fallen, beantragte jedoch, die Kosten des Rechtsstreits dem Kläger aufzuerlegen, da die angefochtene polizeiliche Verfügung auf die Neuerung des An-

staltsdirektors vom 28. Oktober 1912 gestützt worden war. Der Prozeßvollmächtigter des Klägers widersprach diesem Antrag, da die Berechtigung zur Internierung und zur Verjagung der Freilassung nicht dargetan sei. — Der Bezirksauschuss erkannte: „Die angefochtene Verfügung des Beklagten vom 6. November 1912 wird außer Kraft gesetzt. Die Kosten des Verfahrens werden dem Beklagten zur Last gelegt.“ Die Entscheidungsgründe führen aus, daß die angefochtene Verfügung der erforderlichen tatsächlichen Voraussetzungen ermangelnd und deshalb nicht aufrecht erhalten werden können. Der obliegenden Partei können nur insofern Kosten auferlegt werden, als sie durch ihr eigenes Verschulden entstanden sind. Dies komme aber hier nicht in Frage.

Mit Rücksicht auf dieses Urteil wurde Jimmel nach fast 13jähriger Internierungsbauer auf Anordnung des Landeshauptmanns der Provinz Westpreußen aus dem Zrennhause entlassen.

Der „Vertrauensstrich“.

Eine mysteriöse Persönlichkeit ist der angebliche Rentier Jacques O'Connor, gegen den gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I folgenden, etwas sonderbar klingenden Beschluß faßte: „Das Gericht beschließt, dem Angeklagten den Vollbart abnehmen zu lassen.“ Mit diesem Beschluß hatte es folgende Bewandnis. Am 26. Mai 1911 wurde der Sprachlehrer Silvio Siffa aus Ost-Preußen in der Friedrichstraße von einem eleganten Herrn in englischer Sprache angesprochen, der ihn nach einer Strafe fragte. Beide gerieten in ein längeres Gespräch, in dessen Verlauf sich der Fremde als „Major Kortton“ vorstellte und angab, in einem englischen Regiment in Schanghai zu dienen. Er sei zu der Anwesenheit in London abkommandiert und wolle sich bei dieser Gelegenheit einmal Berlin ansehen. Als beide am nächsten Tage die Leuchtenbrücke entlanggingen, ließ ein vor ihnen gehender Herr scheinbar versehentlich einen veriegelten Brief fallen. Der angebliche Major Kortton hob ihn auf und überreichte ihm dem Verlierer, der „zufällig“ auch ein Ausländer war und sich als „Plantagenbetreiber O'Brien aus Ceylon“ vorstellte. Im „Romanischen Café“ erzählte O'Brien, daß er nach Deutschland gekommen sei, um hier eine Erbschaft von 18.000 Pfund gleich 320.000 Mark zu erheben. Nach dem Willen des Erblassers solle die Hälfte hiervon an mittellose Engländer und Amerikaner, die sich im Auslande aufhalten, verteilt werden. Am nächsten Tage im „Café Bauer“ trat der angebliche O'Brien mit dem Ansuchen hervor, ob nicht Dr. Siffa und der „Major Kortton“ ihm die mühselige Aufgabe der Verteilung der 180.000 M. abnehmen wollten. Außerdem solle Dr. S. für seine Studenten und der Major Kortton für seine Soldaten je 1000 Dollar erhalten. Er, O'Brien, müsse aber eine gewisse Sicherheit dafür haben, daß das Geld auch richtig verteilt werde. Major Kortton entfernte sich darauf und kam nach einigen Minuten mit einem Briefumschlag zurück, der angeblich 18.000 M. enthalte. Diesen Brief händigte Kortton dem angeblichen O'Brien aus, so daß sich Dr. Siffa, hierdurch sicher gemacht, verließen ließ, ebenfalls 5000 M. als Sicherheit zu geben. Wenige Minuten später entfernte sich O'Brien, um einen Teil der deponierten Erbschaft von der Bank zu holen, ebenso verließ der Major Kortton unter einem Vorwande des Café, um natürlich auch nicht wiederkommen.

In einem zweiten Fall war der Zigarettenfabrikant Georg Garnach aus San Franzisko einem auf ähnliche plumpe Weise arbeitenden Schwindlerpaar in die Hände gefallen und mußte seine Vertrauensseligkeit mit einem Verlust von 6400 Mark büßen.

Etwa 1½ Jahre später wurde der jehige Angeklagte O'Connor von einem der Hereingefallenen auf dem Bahnhof in Heidelberg erkannt und seine Entführung veranlaßt. Wie die Kriminalpolizei annimmt, soll auch der Name O'Connor falsch sein. Nach Auskunft der englischen Polizei handelt es sich um einen internationalen Verbrecher, der in London wegen Diebstahls und Falschspiels zu 1½ Jahren bestraft, 7 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Ferner sprechen bestimmte Momente dafür, daß der Angeklagte mit dem in dem Stammann-Prozeß genannten internationalen Falschspieler „Kapitän Kortton“ identisch ist. — Die von der Kriminalpolizei angefertigte Photographie des Angeklagten wurde durch Vermittelung der amerikanischen Polizei auch dem zweiten Opfer, dem Zigarettenfabrikanten Garnach in San Franzisko vorgelegt, der ihn sofort als den Betrüger wiedererkannte. Ebenso erkannten sämtliche Hotelangestellte sowie die Pensioninhaberin, bei der Dr. Siffa feinerzeit gewohnt hatte, den Angeklagten als den angeblichen „Major Kortton“ wieder.

In der geistigen Verhandlung erschien der Angeklagte, offenbar in der Absicht, seine Refugiosierung durch die Zeugen zu erschweren, mit einem Vollbart auf der Anklagebank. Das Gericht faßte deshalb den oben erwähnten Beschluß und von einem schnell herbeigeholten Barbier wurde O'Connor seines Bartes beraubt. — Durch die vielfachen Ausreden des Angeklagten, der behauptete, das Opfer einer Personenvertauschung geworden zu sein, waren schon wiederholte kommissarische Vernehmungen von Zeugen im Auslande notwendig geworden. Auch in der geistigen Verhandlung ließ der Angeklagte durch Rechtsanwalt Bahn eine Reihe von Schriftstücken überreichen, nach welchen er sich zu der Zeit, als er hier angeblich die Betrüger getroffen haben sollte, in London bezw. Brüssel und Ostende aufgehalten habe. Da der Angeklagte, der nur mit Hilfe des Dolmetschers der englischen Sprache, Rechtsanwalt Dr. Loewenthal, vernommen werden konnte, ganz detaillierte Aussagen machte, blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als die Verhandlung nochmals zu vertagen und die von dem Angeklagten angebotenen Beweise zu erheben.

Versammlungen.

Die Rohrlager und Helfer im Metallarbeiterverbande hielten am Sonntag eine Branchenversammlung ab. Der von Friedrich erhaltene Bericht der Agitationskommission umfaßt die Zeit vom Abschluß des Tarifs bis Januar, das sind vier Monate. Bei Abschluß dieses Tarifes waren manche Mitglieder ja nicht einverstanden gewesen mit den Ergebnissen. Es zeigte sich aber nunmehr, daß es gut sei, einen Tarif zu haben. Der Arbeitsnachweis in der Untertage mußte geschlossen werden, da der Verband sich sonst einer Umgehung des Tarifs schuldig gemacht hätte. Bei den Unternehmern, die dem Tarif nicht angehörten, mußten die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen erst durchgedrückt werden. Auch in einzelnen Betrieben, die dem Tarif unterworfen waren, mußte die Organisation dafür sorgen, daß die fällige Zulage ausgezahlt wurde. Manche Unternehmer versuchten auch, infolge der schlechten Geschäftslage den Tarif zu umgehen. Unter der Krise haben die Rohrlager besonders stark zu leiden.

Ueber die Branchenkontrolle berichtete Schulz. In vielen Fällen konnte die Kommission feststellen, daß selbst die wichtigsten Schutzvorschriften nicht eingehalten wurden und es mußte erst die Organisation eingreifen. Ein Unternehmer meinte, vor zwanzig Jahren habe kein Mensch an Schutzvorrichtungen gedacht. Ueberhaupt stellen sich immer noch manche Unternehmer der Forderung auf Schutzvorrichtungen in schroffer Weise entgegen.

Auf einigen Punkten ist es teils deswegen, teils auch wegen Lohnfragen zu Differenzen und Arbeitsinsetlungen gekommen. Der Redner forderte die Anwesenden auf, die Organisation stets über alle Wunden auf dem Laufenden zu erhalten. Darauf erfolgte die Renwahl der Branchenkommission.

Eine hochinteressante Weltreise für nur 15 Pf. die Woche.

Was regt den Geist von neuem an, bringt Frohsinn und Schaffensfreude wieder — ? Reisen und Reisen! Wir wollen erfahren, wie die Welt in Wirklichkeit mit all dem Reichtum ihrer Naturschönheiten aussieht, und wie die Menschen darauf leben. Wer Zeit und Geld hat, der reist. Aber wie viele können dieses überhaupt und sollen sie es sich erlauben? Nein! — Trete daher jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne die Macht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Völker kennen, ohne Reisebeschwerden, teure Ausstattungen und Reise-

gelder kennen. Er kann alles im gemächlichen Heim für nur 15 Pf. pro Woche durch unsere illustrierte Zeitschrift „Durch alle Welt“ genießen. Um der Reise besser folgen zu können, erhalten alle Abonnenten außerdem in dieser Zeitschrift einen großen

Universal-Handatlas gratis.

Derselbe enthält über 320 Bld. und Kartenarten.

Sobald Sie den Bestellchein ausgefüllt und eingeklappt haben, wird die Reise angetreten.

Bestellchein. Vw.

An die Expedition von „Durch alle Welt“, Berlin-Schöneberg, Am Carl 11. Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ a 15 Pf. pro Heft wöchentlich durch Boten frei ins Haus. Name: Ort, Straße:

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreise.
Bezirk 113.

Am 16. Januar verstarb unser Mitglied, der Arbeiter:

Emil Kleiber
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
200/2 Der Vorstand.

Allen lieben Verwandten und Freunden hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Emil Wonnenberg
am 18. d. M. nach kurzem kranken Leiden sanft entschlafen ist.

Lina Wonnenberg
Familie Richard Wonnenberg
Familie Karl Thomas
Familie Paul Scherf.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 623b

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Hilfsliste Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Willi Engel
(Westen)
am 16. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Lanfisch, Marienfelderstraße, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht. 136/3

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maler

Emil Schulz
(Süd)

am 17. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Simeons-Kirchhofes, Tempelhofer Weg (Str.-Tempelhofer), aus statt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Friedrich Pflieger
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnuiaus-Friedhofes in Neufölln, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 140/8 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 17. Januar, vormittags, entschlief nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Onkel und Schwager, der Bahnhofs

Karl Bock
im Alter von 62 Jahren.

Frau **Berta Bock** geb. Lange,
Waisenstr. 37,
namens der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Judo-Friedhofes, Schöneberg, Tempelhofer Weg, aus statt.

Am 16. Januar verstarb nach kurzem Krankenlager unser Vater und Großvater, der Maurer

Karl Bieneck
im 80. Lebensjahre an Altersschwäche. 820b

Dies zeigen tiefbetruft an
Die Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am Mittwoch 3 Uhr im Krematorium, Gerichtsstraße, statt.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben, unvergesslichen Frau spreche ich hiermit allen Freunden und Bekannten, den Genossen des 306. Bezirks des 4. Wahlkreises, dem Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, den Sängern und insbesondere der Frau Hauptmann für ihre tröstlichen Worte am Sarge der Dahingegangenen meinen herzlichsten Dank.
613b **Paul Wehlan.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter

Emil Kleiber
am 16. d. Mts. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt. 61/9 Die Bezirksverwaltung.

Am Sonntag, den 18. Januar, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege, der Schriftsetzer

Emil Wonnenberg
geboren in Saalfeld (Thür.), im 63. Lebensjahre. 621b

Ein dauerndes Andenken werden ihm stets bewahren
Berlin, den 19. Januar 1914.

Die Kollegen der Norddeutschen Buchdruckerei.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.

Am 18. Januar verstarb unser Mitglied

Artur Falkenheim.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von Trammstraße, Robornisthal, Keller + Wilhelmstr. Straße 8, aus statt. 50/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klüster

Emil Hartwich
Grünauer Str. 2, im Alter von 32 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klebenmacher

Karl Franke
Waldemarstr. 28, im Alter von 32 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht.
82/1 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands
Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 21. Januar 1914, abends 6 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
für alle in den Betrieben der Stadt Berlin Beschäftigten

in den Sophien-Sälen, Sopianstraße 17/18.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Schütte über: „Japan und seine Kultur.“ 2. Stellungnahme zu der bevorstehenden Vertreterwahl der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin. 3. Aufstellung von Wahlvorschlägen. 111/1

Mitgliedebuch legitimiert.

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und des Verbandes der Maschinisten und Heizer Deutschlands werden gebeten, sich mit der Reihenfolge-Nummer zu versehen und für den Besuch dieser Versammlung die leg. -sige Agitation zu entsenden.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!
Mit kollegialem Gruß
Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.

Am 16. Januar starb unser Mitglied, der Maurer

Albert Ohm
(Bezirk Wedding).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Dankes-Kirchhofes in Reinholdsdorf-Bezirk, Bismarckstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 140/7 Der Vorstand.

Typographia.

Am Sonntag morgen verstarb unerwartet unser langjähriges Mitglied, Kollege

Emil Wonnenberg
im Alter von 63 Jahren.

Seine langjährige Mitgliedschaft und sein biederes Charakter sichern ihm ein bleibendes Gedenken.

Beerdigung siehe vorhergehend.

Die Mitglieder werden gebeten, unserem lieben Kameraden möglichst vollständig das letzte Geleit zu geben.
58/3 Der Vorstand.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

In Freien Stunden
Die
Wochenzeitung für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Parteiangelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Haberlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, Generalversammlung. Die Bedeutung der Gewerkschaften. Referent Genosse C. Eichhorn. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

4. Kreis, Götlicher Viertel. Am Sonntag, den 23. Januar 1914, findet bei Braunmann, Rauhstr. 27, ein weiterer Abend statt. Mitwirkende sind Pfl. Käthe Fährschel (Vieder zur Laute) und Herr H. G. Burger (Rezitationen). Anfang 8 Uhr. Tanz findet ebenfalls statt.

Willets a 40 Pf. St. inkl. Garderobe sind bei den Funktionären und beim Genossen Eichberg, Rauhstr. 27, zu haben.

Vierter Kreis. Am Dienstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal Südost, Waldemarstr. 75, eine Versammlung der 8. Abteilung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Dr. Karl Liebknecht: 2. Wahl der Abteilungsführer. 3. Verschiedenes. Guten Besuch erwartet.

Die Abteilungleitung.

Sechster Wahlkreis. Der Kursus zur „Einführung in die Gedankengänge des wissenschaftlichen Sozialismus“ für den Stadtdistrict Süd-Ost findet statt am Mittwoch, 21. Januar, abends 9 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75. Vortragender ist Schriftsteller Genosse Emil Eichhorn.

Teilnehmerkarten a 30 Pf. sind noch zu haben.

Aldershof. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Extra-Jahresabend in den Bezirkskollegen.

Mariendorf. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr: Protektivversammlung bei Herold, Chauffeurstr. 283. Referent: Genosse Ray Gedt.

Tempelhof-Mariendorf. Mittwoch, 21. Januar, im Lokal von Veder, Tempelhof, Berliner Str. 80: Versammlung der sozialdemokratischen Jugendsektion. Vortrag des Genossen Ewald: „Warum sind wir Sozialdemokraten?“ Es wird das Erscheinen aller jungen Parteigenossen und Genossinnen erwartet.

Vorsingwalde-Wittenau. Heute Dienstag, den 20. d. Mts., von den bekannten Stellen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Friedrichsfelde. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Haberland. Vortrag des Gemeindegewerkschafts Genossen Lehner über: Unser Gemeindeetat.

Josen. Mittwoch, den 21. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Sächsischvereinsversammlung bei Scherler. Wichtige Tagesordnung. Donnerstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr: Deftentische Protektivversammlung gegen die Verschlechterung des Koalitionsrechts im Lokale des Herrn Scherler. Referent: Georg Udo.

Zeltow. Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Donnerstag, den 22. Januar: Handjettelverbreitung zu der am Freitag, den 23. Januar, stattfindenden Protektivversammlung mit der Tagesordnung: „Der geplante Raub des Koalitionsrechts und die Frage der Schrammacker“. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Peus.

Berliner Nachrichten.

Schweres Automobilunglück in Treptow.

Am Sonntagabend und in der Nacht zum Montag haben sich in Berlin und in der Umgebung drei Automobilunfälle abgespielt, von denen der eine verhängnisvolle Folgen haben dürfte. Auf der „Unfallschaufler“, die von Oberschöneweide über Treptow nach Berlin fährt, und auf der sich bekanntlich zahlreiche Unfälle ereignen, kam ein Privatautomobil, in dem der Chauffeur mit seiner Frau und drei Kindern saß, auf dem glatten Boden ins Schleudern. In der Neuen-Strug-Allee rannte das einem in Oberschöneweide wohnenden Architekten gehörige Automobil mit einem Flugzeugtransportwagen zusammen. Die 14 Insassen dieses Kraftwagens wurden auf den Damm geschleudert, wobei sechs Personen schwere Verletzungen erlitten. Ueber diesen Unfall erführen wir folgende Einzelheiten:

Der in Oberschöneweide wohnende Architekt Georg Sieberl, der mit seinem Bruder zusammen ein Baugeschäft betreibt, besitzt einen großen 40 PS Benzowagen, den er zu Privat Zwecken benutzte, aber auch gelegentlich vermietet. Das Automobil hat sechs Sitze, doch können zur Not auch sieben bis acht Personen befördert werden. Am Sonntag hatte nun eine aus sechs Personen bestehende Gesellschaft den Wagen gemietet und am Nachmittag Spazierfahrten unternommen. Kurz nach 1 1/2 Uhr nachts wurde die Heimfahrt angetreten, nachdem man unterwegs noch einige Personen mitgenommen hatte. Die Fahrt war sehr schwierig, da der übermäßig besetzte Wagen auf dem schlechten Pflaster der Spandauer Landstraße andauernd schleuderte. Infolge der Kälte hatte sich auf den Straßen Glätte gebildet, so daß die Kraftwagenführer nur schwer vorwärts kommen konnten. Dazu lagerte über der Chauffee, wie dies im Treptower Park häufig der Fall zu sein pflegt, Nebel. Zwischen Baumschuldenweg und der Eichbuschstraße fuhr in der Mitte der Chauffee etwa einen halben Meter von den Straßenbahnschienen entfernt ein aus Johannisöl kommender Flugzeug-Transportwagen, auf dem eine für Söberlich bestimmte Taube verladen war. Der Chauffeur erkannte in dem Nebel die Gefahr erst im letzten Augenblick. Da das Fahrzeug keine Hinterbeleuchtung hatte, war es erst auf wenige Meter Entfernung sichtbar. Der Chauffeur bremste zwar im letzten Augenblick noch ab, konnte aber das Automobil nicht mehr zum Stehen bringen, und so fuhr der Kraftwagen mit voller Gewalt gegen den Lastwagen, wobei er buchstäblich zertrümmert wurde. Die Insassen waren vor Schreck gelähmt und vermochten sich nicht mehr zu retten. Alle wurden auf das Straßenpflaster geschleudert, wobei sie mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Die sofort alarmierte Treptower Feuerwehr schaffte die Verunglückten in das Krankenhaus Veithanien, wo sie schwer daniederliegen. Schwere Verletzte sind: Großkopf, der einen Schädelbruch und innere Verletzungen davongetragen hat, Gustav Kunke, Dreher Neumann, Kaufmann Fiedler, Lederarbeiter Meiser und Kaufmann Ehrlich. Diese erlitten Knochenbrüche und innere Verletzungen. Bis auf Großkopf, dessen Befinden sehr besorgniserregend ist, dürften sie jedoch mit dem Leben davonkommen. Der Chauffeur Mohr, der unverletzt blieb, wurde von der Treptower Polizei gestern morgen vernommen und auf freiem Fuß belassen.

Ein zweites schweres Automobilunglück, bei dem zwei Personen schwer und zwei Kinder leicht verletzt wurden, hat sich wenige Stunden vorher ebenfalls in Treptow zugetragen. Der Chauffeur Otto Kerber aus Charlottenburg wollte am Sonntag ein seinem Chef gehöriges Privatautomobil, an dem einige Veränderungen vorgenommen worden waren, erproben. Er unternahm deshalb mit seiner Frau und seinen vier Kindern gegen 6 Uhr nachmittags eine Ausfahrt mit dem Kraftwagen nach Johannisöl. Auf dem Rückwege fuhr das Auto in der Neuen-Strug-Allee auf den Gleisen vor einem Straßenbahnwagen her. Auf das Signal des Führers wollte Kerber nach rechts

ausweichen. Die Vorderräder des Autos waren aber in die Rillen der Schienen geraten und als der Chauffeur scharf das Steuer nach rechts hinübertrieb, geriet infolgedessen das Hinterteil des Wagens ins Schleudern und stieß mit großer Wucht gegen einen Baum. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß der Kraftwagen fast vollständig zertrümmert wurde. Die Insassen mehrerer vordereinander Automobile eilten sofort zu Hilfe und befreiten zunächst die vier Insassen aus den Trümmern. Frau Kerber war benommenlos, der zehnjährige Sohn blutete aus verschiedenen Schnittwunden, während die beiden jüngeren Kinder nur ganz geringfügige Hautabschürfungen erlitten hatten. In einem Privatautomobil wurden Mutter und Sohn nach dem Krankenhaus Veithanien gebracht, wo sich herausstellte, daß die Verletzungen der beiden nicht schwerer Natur sind. Ein schnell herbeigeeilter Mannschaftswagen der Treptower Feuerwehr besorgte die Aufräumarbeiten.

Die Neuen-Strug-Allee hat nun in diesem Teile in den letzten Jahren schon mehrfach Automobilunfälle hervorgerufen, dabei einen besonders blutig verlaufenen, und immer wieder lassen sich Wagenlenker durch die schöne gerade und oft wenig belebte Straße verleiten, eine hohe Geschwindigkeit anzunehmen. Eine besondere Gefahr bietet die kurze Biegung der Straßenbahnlinie an der Kreuzung der Baumschuldenstraße. Während der Ortsunkundige aus dem Lauf der Oberleitungsdrahten leicht schließt, daß auch die Straßenbahn geradeaus nach der Berliner Straße in Niederschöneweide fährt, schwenkt sie plötzlich rechts ab nach dem Bahnhofs Baumschuldenweg. Ein großes Schild macht zwar auf diese Gefahr aufmerksam, wird aber bei allzu schnellem Tempo unter Umständen übersehen. Man muß hoffen, daß die Automobilisten sich durch die häufigen Unfälle auf dieser Straße zu größerer Vorsicht veranlaßt sehen.

Ein dritter Automobilunfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, hat sich am Sonntagabend gegen 10 Uhr in Charlottenburg zugetragen. An der Ecke der Berliner und Köpenickerstraße stießen eine Kraftdroschke und ein Gemüsegewagen zusammen, wobei das Auto umgeworfen wurde. Von den drei Insassen des Kraftwagens erlitt die 17jährige Buchhalterin Elise Partmann aus der Scharrenstr. 22 Ausrenkung der rechten Schulter und erhebliche Hautabschürfungen. Der Chauffeur Richard Krüger, Am Bahnhof Weidend. Nr. 3 wohnhaft, zog sich Schnittwunden im Gesicht und an den Händen sowie leichtere Quetschungen an den Beinen zu. Die beiden anderen Insassen der Droschke kamen mit dem Schrecken davon. Die beiden Verunglückten erhielten auf der Unfallstation in der Berliner Straße Notverbände und wurden dann nach ihren Wohnungen gebracht.

In der Beschäftigungsanstalt der städtischen Blindenanstalt werden gegen 200 Blinde hauptsächlich mit Flechten von Stäbchen und der Anfertigung von Bürsten- und Holzwaren beschäftigt. Obwohl die Anstaltsleitung nach Kräften bemüht ist, die von den Blinden hergestellten Waren abzusetzen und das Absatzgebiet auch noch zu erweitern, so ist es doch nicht möglich, alle Abteilungen ständig mit Arbeit zu versehen. In der Stahlflechterei, in welcher gegen 65 Blinde arbeiten, ist Arbeitsmangel eingetreten. Um das völlige Aussehen der Einfärschen des Betriebes zu verhindern, wird darauf hingewiesen, daß die Anstalt das Einfärschen von Stahlfäden und -Nähten übernimmt. Die große Anzahl der in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter gestattet auch größere Aufträge zum Ausschleusen von Sozialhilfen usw. Zu den Arbeiten wird gutes, dauerhaftes Material verwendet. Jeder Auftrag wird in schnellster und sorgfältigster Weise ausgeführt. Der Transport der Stühle geschieht kostenlos. (Telephonische Magistrat Berlin Nr. 266) und schriftliche Aufträge werden jederzeit gern entgegengenommen und umgehend ausgeführt.

Reichstagsfahrten.

Wie Genosse Ewald uns mitteilt, ist die Nachfrage nach Leibnenskarten so stark, daß er außer Stande ist, den Bewerbern um Karten Nachricht zu geben zu lassen, wenn nicht den Gefahren um Einzahlung eine adressierte Rückantwortkarte beigefügt ist.

Eine Razzia.

Ueber eine Razzia der Polizei in einer Gastwirtschaft in der Danziger Straße meldet eine polizeilich inspirierte Korrespondenz: „30 Kriminalbeamte erschienen plötzlich mit einigen Polizeihunden und brachten über hundert Gäste der Wirtschaft nach dem Polizeipräsidium vor den Erkennungsdienst. Eine große Anzahl wurden als gesucht festgehalten und in Gewahrsam gehalten. Ein Deserteur wurde der Militärbehörde übergeben. Von den Freigelassenen wurden die älteren verwarnt, die jüngeren dem Verein „Dienst an Arbeitslosen“ in der Ackerstraße 32 zugeführt.“

Beim Eisen ertrunken.

Beim Eis schneiden ertrunken ist gestern nachmittags gegen 6 Uhr der 24jährige Arbeiter Paul Bruhns aus Hohen-Neuendorf. Bruhns war mit mehreren Arbeitskollegen damit beschäftigt, auf dem Großschiffahrtskanal zwischen Stolpe und Hohen-Neuendorf zu eisen, als plötzlich eine angeschwemmte Scholle nachgab und Bruhns in den Fluten versank. Kameraden, die sogleich mit Stangen herbeieilten, konnten ihm keine Hilfe mehr bringen, da das Eis, auf dem sie sich besanden, ebenfalls einzubrechen drohte. Bruhns war erst seit Oktober verheiratet. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Der Greis am Strick.

Dieser Tage hatten die Hurrapatrioten wieder mal herrliche Zeiten, sie konnten die Gründung des „herrlichen“ Deutschen Reiches wieder fest und festlich begehen und begießen; und im Berliner Schloß fanden mit dem üblichen Pomp und Prunk Ritterschläge und Ordensauszeichnungen ein großes statt. Am ungefähr dieselbe Zeit schlug der fünfundsiebzigjährige Kutscher August Kliffat in der Adolfstraße im Berliner Norden in den Türpfosten seiner Schlafkammer einen Haken, befestigte daran einen Strick und erhängte sich. Schon lange geschäftlich, arbeits- und mittellos, hatte er die deutsche Herrlichkeit endlich satt, weil die färgliche Altersrente ihm nicht mal satt zu essen gab.

Wilhelm II. aber wohnt noch immer, die Griffen des Arbeiters sei gefährlich bis ins hohe Alter und die Kompostschlüssel voll bis zum Ueberlaufen. — Eine Reise durch die Arbeiterdörfer seiner Residenz Berlin hätte ihn eines Besseren belehrt.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern abend gegen 8 1/2 Uhr in der Kommandantenstraße. Dort wurde vor dem Hause Nr. 26 der 80 Jahre alte Hausbesitzer Karl Werfing aus der Pflügerstraße 75 von einem Straßenbahnwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt. Die Kräfte der Charlie, wohnen der Verunglückte gedrückt worden war, stellten außer schweren inneren Verletzungen einen Schädelbruch, Beinbrüche und eine Gehirnerschütterung fest. Sein Befinden ist besorgniserregend.

Die ausgeriffene Taube.

Ein komisches Intermezzo, wie man es sonst nur im Circus zu sehen gewohnt ist, hat sich am gestrigen Montag nachmittags in Johannisöl abgespielt. Bei dem ruhigen, windstillen Wetter war viel geschehen worden und auch der Flieger d'Ballod hatte mit seiner Jeanmin-Stahltaube mehrere Kuffliege gemacht. Gegen 4 Uhr, bei Einbruch der Dunkelheit, landete er mitten im Felde, droffelte jedoch den Motor so stark ab, daß er stehen blieb. Um nun nicht den schwereren Eindecker über das breite Feld hinweg bis zum Schuppen schieben zu müssen, stieg d'Ballod aus der Karosserie heraus und warf den Motor wieder an. Unglücklicherweise stand der Gashebel, der die Benzinzufuhr regelt, jedoch auf „Halbgas“ und so fauchte die Taube plötzlich los. Der völlig überraschte Flieger hatte gerade noch Zeit, sich besetzte zu werfen, um nicht von der Schraube gefagt zu werden, als das Flugzeug auch schon mit 40 bis 50 Kilometer Geschwindigkeit an ihm vorbeibraute. Infolge eines glücklichen Zufalls war das Seitensteuer scharf angezogen und so raste das sährerlose „Täubchen“ im Kreise herum. Der arme Flieger war ratlos, wie er den Durchgänger wieder in seine Gewalt bringen könne. Schließlich nahm er nach Art der Trampolinspringer einen gewaltigen Anlauf und versuchte, als der Eindecker wieder in seiner Nähe vorbeikam, sich festzuklammern und auf seinen Sitz zu kommen. Der tödliche Unfall ließ jedoch in diesem Augenblick den Apparat einen Luftsprung machen und so griff der „abgeworfene“ Flieger in die leere Luft. Inzwischen raste die Taube weiter im Kreise umher. Schließlich erbarmten sich 8 oder 10 Mechaniker des vor Angst und Anstrengung trotz der Kälte schweißenden Fliegers. Wie bei einer regelrechten Krebshagd postierten sie sich am Rande des Kreises, den die Taube unaufhörlich beschrieb und suchten einen glücklichen Augenblick abzuwarten, um den Ausreißer einzufangen. Wirklich geriet der Eindecker nach einer etwa 10 Minuten währenden Jagd in eine Bodenvertiefung, aus der er sich nicht wieder herausarbeiten konnte. d'Ballod schwang sich behend auf seinen Sitz und konnte so seine Taube heil und unverletzt in den Schuppen bringen.

Ein Veteran seiner Organisation.

Auf eine 50jährige Arbeitsstätigkeit als Buchdrucker konnte am 14. Januar der im Betriebe der „Vorwärts“-Druckerei beschäftigte Schriftsetzer Emil Länger zurückblicken. Da der Jubilar bereits 42 Jahre der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verbande der deutschen Buchdrucker angehört, bei allen wirtschaftlichen Kämpfen der Buchdrucker seit dem Jahre 1872 jederzeit seinen Mann gehalten, nahmen seine Arbeitskollegen Veranlassung, den Jubilar nach einer am 14. Januar in den Arbeitsräumen vorgenommenen Ehrung durch eine kleine Feier am Sonntag noch besonders zu ehren. Es war eine rechte Arbeiterfeier, getragen von dem Grundgedanken der Arbeiterbewegung, der Solidarität aller für einen und des einzelnen für alle!

Diktiermaschinen bei Gerichten.

Bei verschiedenen Land- und Amtsgerichten sind seit einiger Zeit Diktiermaschinen zur Einführung gelangt, die den Richtern zur Verfügung stehen. Die Erneuerung hat eine ganz bedeutende Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges zur Folge gehabt, da es dem Richter möglich ist, in der Zeit, die zur handschriftlichen Ausfertigung eines Urteils verwendet werden muß, mindestens fünf Urteile der Diktiermaschine anzuvertrauen. Die für den Entwurf der Urteile benötigte Zeit kommt freier in Betracht. Eine weitere Folge ist, daß durch die Zettelsparnis die Gerichtsbeschwerden umfänger sind, die Urteile ebenfalls binnen kürzester Zeit in Urkschrift und Abschriften mittels Servierfertigung auszuwerten, so daß sie beim Verkündungstermin fertig vorliegen und unmittelbar darauf den Parteien zugestellt werden können. Eine ganz natürliche Erscheinung ist nach Ansicht der sich der Diktiermaschinen bedienenden Richter die Verkürzung des sogenannten Juristendeutliches, da Periodensätze beim Schreiben öfter vorkommen, wie beim Diktat. Sobald ein gerichtliche angelegte Statistiken über die Vorteile der Benutzung von Diktiermaschinen in den Gerichtsstellen vorliegen, dürfte unretretig der Frage näher getreten werden, Diktiermaschinen bei den Gerichten allgemein einzuführen.

Verloren. Ein Portemonnaie mit Ring E. S. gezeichnet und Inhalt ist verloren worden. Gegen Belohnung abzugeben bei Hrn. Neufölln, Reimholdstraße 15 III. — In der Plantagenstraße 3 ist ein Teuring verloren gegangen. Der Finder wird um Abgabe gebeten an Hrn. Käste, Prinz-Eugenstraße 18 III.

Die Arbeiterbildungsschule beginnt am Sonntag ihr 23. Stiftungsfest durch die Veranstaltung eines „Hans-Sachs-Abends“. Eduard Bernheim führte in dem Einleitungsbeitrag die Aufmerksamkeit Hörer um etwa 2 1/2 Jahrhunderte zurück, in die Zeit, in der Nürnberg als bedeutender Handelsplatz zu hoher Kultur gelangt war, um dann überzugehen zu einer Schilderung des Lebens und der Bedeutung des Dichters Hans Sachs. Die künstlerischen Darbietungen, die folgten, waren der Zeit des Dichters streng angepaßt. Ueber zur Laute, wie die Hans-Sachs'schen Lustspiele: „Das heiße Eisen“, „Der tote Mann“ und „Das böse Weib“ ließen erkennen, welcher Schelm in dem Dichter hockte, aber auch welche Rolle in der damaligen Zeit die soviel besungene Frau spielte. Vielleicht war es zu reichlich, lediglich die Ueberlegenheit des Mannes über die Frau aus den Dichtungen Hans Sachs zu den Hörern sprechen zu lassen, denn Hans Sachs konnte auch anders. Aber immerhin verstanden es die Darsteller, den Jubelern den Dichter Hans Sachs näher zu bringen und ihnen einige frohe gemutige Stunden zu bereiten.

Kleine Nachrichten. In einem Hotel in der Elisabethstraße wurde gestern ein Mädchen, das dort abgesehen war, vergiftet aufgefunden. — Zwei große Wohnungseindrücke beschäftigten die Kriminalpolizei. In der Johannisstraße 3 statten Klingelfahrer der Wohnung des Kaufmanns Lachekl im ersten Stock des Vorderhauses einen Besuch ab, während diese am Nachmittag kurze Zeit unbeaufsichtigt war, und stahlen außer 500 M. barem Geld, für ungefähr 1500 M. Schmuck und Wertgegenständen, darunter ein Brillantkollier, das allein 800 M. wert ist. — Für über 1000 M. Silberzeug, das meistens E. C. gezeichnet ist, sowie Betten und Kleidungsstücke erbeuteten Diebe in der Wohnung des Kaufmanns Cohn in der Raupachstraße 18.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

Eine Neueinteilung der städtischen Wahlbezirke bezweckt ein sozialdemokratischer Antrag, mit dem sich die nächste Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch, den 21. Januar, nachmittags 6 Uhr, zu beschäftigen haben wird. Dieser Antrag lautet:

1. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bis zu den nächsten Stadtverordnetenwahlen eine den veränderten Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Bezirksverteilung vorzunehmen. — Ein zweiter Antrag unserer Genossen fordert: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in Gemeinschaft mit dem Magistrat bei beiden Säulern des Landtags um Einführung der geheimen

Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen und um Vereitigung des Hausbesitzerprivilegs zu petitionieren.

Ein Nachweis für weibliches kaufmännisches Personal ist der Frauenabteilung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, Kugsburger Straße 13, angegliedert.

Neußän.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereine finden für Neußän am Sonntag, den 1. März, von 12-3 Uhr nachmittags statt.

Am Mittwoch, den 21. Januar, finden bei Varisch Hermannstraße 49, die Lichtbildvorträge für die Kinder statt.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretung. Die Abrechnung des ersten und zweiten Erweiterungsbaues der 2. Gemeindeschule zeigt folgendes Bild. Die reinen Passivposten des ersten Erweiterungsbaues betragen 263 253,71 M.

Einrichtungsmaßnahme in die Gemeindevählerliste. Wahllokal der Dienstboten werktags von 8-3 Uhr und an den Sonntagen von 11-12 Uhr, im Rathaus, Zimmer 3.

Kaulsdorf.

Die Gemeindevettersitzung stimmt dem Erlass eines Nachtrages zum Ortstatut über die Erhebung der durch Neuanlage von Bürgerweihen entstehenden Kosten zu.

Oranienburg.

Die Gemeindevettersitzung von 160 auf 180 Prozent erhöht, das ist das Resultat unserer Finanzwirtschaft. So bietet denn auch der Etat für 1914 für die wertigste Bevölkerung kein erfreuliches Bild.

Putzdam.

Von der gewerblichen Pflichtfortbildungsschule. Die Stadtverordnetenversammlung hat durch Beschluß vom 13. Juni 1913 einem Nachtrag zum Ortstatut der gewerblichen Fortbildungsschule nur unter der Bedingung zugestimmt.

Einrichtungsmaßnahme in die Gemeindevählerliste.

Wahllokal a. d. Othofen. Vom 17. Januar bis 1. Februar während der Dienststunden werktags von 8-3 Uhr und an den Sonntagen von 11-12 Uhr.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Putzdam. Heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. Adler-Tischhaus. Heute Dienstag, den 20. Januar, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Aus aller Welt. Mittelalterlicher Spuk.

Die russischen Freunde der preussischen Junker sind vor kurzem in Pultawa zu einer Gouvernements-Adelversammlung zusammengekommen. Viele hohe Würdenträger versöhnten die stark besuchte Tagung durch ihre Anwesenheit.

Alles dies müsse aufhören! Der Eisenbahnbau müsse eingestellt oder auf ein gewisses Minimum eingeschränkt werden, soweit es für strategische Zwecke notwendig sei.

Der Hauptmann als Lebensretter.

Eine heldenmütige Rettung dreier Menschen vollführte am Sonntag ein Hauptmann v. Grone in Riddagshausen bei Braunschweig. Auf einer abgeleiteten Stelle eines Teiches brach ein zwölfjähriger Knabe ein.

Keine Notizen.

Drei Menschen ertranken. Auf einem Weiler bei Gladbach brachen gestern die beiden 19- und 13-jährigen Söhne des Schmiedemeisters Jini-Glabach beim Schlittschuhlaufen auf dem Eise ein und ertranken.

Vergessliche Suche nach dem gesunkenen Unterseeboot. Die Versuche, das gesunkene englische Unterseeboot A 7 aufzufinden, wurden am Sonntag ohne Erfolg fortgesetzt.

Ein tödlicher Unfall. Als am Sonnabendabend der Oberleutnant v. Gottberg vom 9. Lothringischen Infanterieregiment Nr. 173 in St. Avold mit geladenem Gewehr über einen Graben springen wollte, entlud sich die Waffe.

Großfeuer in Wittweide. Am Sonntagabend gegen 10 Uhr brach am Markt in Wittweide ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit zwölf Häuser vernichtete.

Frauen-Leseabende.

Putzdam. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Hausmann. Adlershof. Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Bismarckstraße 11.

Jugendveranstaltungen.

Pantow - Schönhausen. Mittwoch Mädchenabend; Donnerstag Diskutierabend; Freitag, den 23. d. M., Vortrag des Herrn Ingenieur Reihner über 'Das alte Testament'.

Arbeiter - Adressanten - Bund. Ortsgruppe Berlin. West. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus Charlottenburg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7-9 Uhr abends statt. Sonnabends Sprechstunde von 4 1/2-6 Uhr nachmittags.

G. J. Zaucha. 1. Sie können hier dienen, sind dazu jedoch nicht verpflichtet. 2. Von der Militärpflicht in Oesterreich sind Sie dadurch nicht entbunden.

Marktberichte von Berlin am 17. Januar 1914. nach Ermittlungen des Igl. Volksgüterbüros. Reis (nord), gute Sorte 16,50-17,00.

Table with 10 columns: Station, Warenart, Preis, etc. Title: Witterungsbericht vom 19. Januar 1914.

Reichstag.

194. Sitzung. Montag, den 19. Januar 1914, nachmittags 2 Uhr.

Von Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

In einer Geschäftsordnungsdebatte verlangen die Abgeordneten Ballermann, Gröber und Scheidemann Aufhebung des Beschlusses, wonach die Debatte über den Etat nach bestimmten Materien vor sich gehen soll. Der Beschluß wird aufgehoben.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Z.):

Die deutsche Volkswirtschaft steht im neuen Jahre vor einer Senkung der Wirtschaftskurve. Das beweisen am besten die sinkenden Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr. Diese Depression ist keineswegs auf die Vorkriegszeit und die daraus folgende Versteifung des Geldmarktes allein zurückzuführen. Die Krise ist international, sie beruht zu einem sehr großen Teil auf einer

Überproduktion des Weltmarktes

und es läßt sich nicht voraussehen, wie lange diese Weltwirtschaftskrise anhalten wird. Von der Erholung des Geldmarktes erhofft man eine baldige Befundung. Aber von der Erholung des Geldmarktes ist heute ein viel größerer Schritt bis zur Erholung des Kapitalmarktes als früher. Die Befundung wird gefährdet durch die Sintflut von Kommunalanleihen, die den Markt in Anspruch nehmen; in der letzten Zeit betragen sie mindestens eine Milliarde Mark, wovon die Hälfte schon genehmigt ist. Es ist aber nicht zu billigen, daß der Geldmarkt vielfach für Vergnügungs- und Luxusbauten in Anspruch genommen wird und die zuständigen Ministerien sollten bei der Genehmigung den Blick stets auf das große Ganze gerichtet halten. Dasselbe gilt auch von den Auslandsanleihen, von denen weitere in dieser Zeit nicht zugelassen werden sollten. — In unserem Auslandsverkehr sind starke Verschiebungen eingetreten, die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln hat sich vermindert, die Ausfuhr von Fertigfabrikaten vermehrt. Infolge dessen ist im Jahre 1913 zum erstenmal seit Bestehen des Reiches unsere Zahlungsbilanz und Handelsbilanz aktiv gewesen. Wir verdanken das unserer Landwirtschaft, die dafür gefordert hat, daß unser Viehstand sich erheblich vermehrt hat. Die Theorie vom Niedergang der Viehzuchtspolitik ist dadurch schlagend widerlegt, ebenso die Theorie der beständig steigenden Fleischpreise; die Schlachtviehpreise für Schweine sind so gestiegen, daß die Bäcker kaum noch bestehen können. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Getreidepreise mit den Posten höher sind als auf dem Weltmarkt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Gemünd auf die Ausfuhr unserer Fertigindustrie wirkt die Preispolitik unserer Rohstoffverbände. Das Kohlenhandels hat es zuwege gebracht, daß wir in Deutschland die höchsten Kohlenpreise in der ganzen Welt haben. (Hört! hört!) So wenig die preussische Regierung hier helfend eingegriffen hat, so wenig hat sie es verstanden, trotz ihres großen Schienenbedarfes Preis in die Preispolitik des internationalen Stahlwerks- und Schienenverbandes zu legen. Der Staat muß ein Aufsichtsrecht über die Kartelle und Trusts erhalten. Die Tendenz freilich, die bei der Regierung vorhanden ist, zeigt, zu Staatsmonopolen überzugehen, halten wir für sehr bedenklich, nun und nimmer werden wir solche

fast sozialistische Experimente

mitmachen. (Zustimmung im Zentrum.)

Der Staatsbankrott in Mexiko zieht uns sehr in Mitleidenschaft, denn vor einem Jahre wurde der drohende Staatsbankrott hauptsächlich mit deutschem Gelde abgewehrt. Was gebietet die Reichsregierung zum Schutze der geschädigten deutschen Interessen zu tun? Ist es wahr, daß Besprechungen zwischen den Großmächten stattgefunden haben, und daß Deutschland sich an die Spitze dieser Aktion stellen will? — Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Vorbereitung der neuen Handelsverträge. Hierbei muß über alle Sonderinteressen die Wohlfahrt des Ganzen gestellt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Reinath (natl.):

Die Lage unseres Geldmarktes hat sich verbessert. Die Angewohnung des Publikums an das Papier wird hoffentlich weiter zunehmen. Beiträge dazu würde die Beilegung des Scheidenspruchs. (Sehr richtig! links.) Die Ralkindustrie leidet infolge der gewaltigen Überproduktion, die das Kaligefüge nicht verhindern konnte. — Die Auswähe der Kartelle bedauern auch wir, aber man darf auch nicht verkennen, daß diese größere Organisation der Unternehmer in der heutigen Zeit eine Notwendigkeit ist und daß sie eine gewisse Stetigkeit der Produktion gewährleisten. Gegenüber Auswähe, wie in Amerika, haben wir bei uns eine erhebliche stärkere Staatsgewalt. Um dem Eindringen amerikanischer Trusts entgegenzutreten, werden wir auch vor der Verstaatlichung einer Industrie nicht zurückzusehen. Unsere chemische Industrie findet zu 80 Proz. Absatz im Auslande. Schließlich will ich auch nicht verpassen, zu erwähnen, daß an dem großen Aufschwung der Industrie auch die deutsche Arbeiterkraft ihren Anteil hat. Ein Stück Verdienst an der besseren Organisationsfähigkeit unserer Arbeiter trägt zweifellos auch die allgemeine Wehrpflicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der deutschen Sozialpolitik spricht man neuerdings eine entnervende Wirkung zu. Das kann ich nicht anerkennen. Ein Gegenbeweis ist ihre vorbildliche Wirkung auf das Ausland. Zweifellos hat sie auch wirtschaftliche Vorteile gebracht, z. B. eine Entlastung des Armeenwesens, eine Eindämmung der Volkskrankheiten. Allerdings muß Rücksicht genommen werden auf die Leistungsfähigkeit des Gewerbes, auf die Expansionsfähigkeit unserer Industrie. Sonst hätte auch die Arbeiterkraft recht wenig Gewinn von einer so sehr gesteigerten Sozialpolitik. An der alten Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre halten wir fest. Auch ein besserer Säuglingschutz wäre dringend notwendig; die Witwen- und Waisenrenten sollten erhöht werden. Die Verhältnisse der Gehilfen der Rechtsanwälte und Notare und des Theaterpersonals bedürfen dringender Verbesserung. — Bei dem Eingreifen in größere Lohnbewegungen vermüssen wir eine größere Flexibilität der Verwaltung. Die Schuld liegt wohl an dem Mangel geachteten Personals. (Sehr gut! links.) Heute findet man in solchen Fällen daher meist im Anfang zu lauges Jögern und nachher nervöse Ueberhebung. (Sehr richtig! links.) Immerhin haben wir in der Sozialpolitik auch einzelne erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Ich erinnere an den Entwurf über die Sonntagruhe. Der Jugendpflege wird erfreulicherweise immer mehr Beachtung geschenkt. Um so bedauerlicher ist die Ablehnung der Forderung zur Vorbereitung der Olympischen Spiele. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Ferner wünschen wir ein besseres Eingreifen des Reiches in der Frage der Wanderarbeitstätten, die über das ganze Reich hienlos ausgebreitet werden sollten. Auch gegen die Tuberkulose muß das Reich einheitlicher und umfasser vorgehen. Die Regelung des Erbanrechts ist ebenfalls dringend. Weiter wünschen wir eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. Das Jugabweisen muß energisch bekämpft werden. Die Landwirtschaft befindet sich im allgemeinen jetzt in einer besseren Lage, in

einer sehr ungünstigen aber befindet sich der deutsche Weinbau. Wir wünschen für ihn Aufwendung größerer Reichsmittel; aber auch die vorhandenen, z. B. der Realkontos, sollten dem Weinbau nutzbar gemacht werden. Gegenüber den Gerächten, daß

unserer Partei nicht zuverlässig

sei in Bezug auf unsere Sozialpolitik für die Landwirtschaft betone ich mit aller Entschiedenheit, daß wir an den Richtlinien unserer nationalen Zoll- und Wirtschaftspolitik festhalten. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Bei der Behandlung auswärtiger Aufstellungen soll der Reichstag nicht immer vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wie bei der in San Francisco; sondern so zeitig gefragt werden, daß seine Stellungnahme von Bedeutung ist. Der Giftmorddroch Papf sollte dem Reichsamt des Innern Veranlassung geben, zu erwägen, ob das Publikum nicht besser vor der Gefahr durch Vajillaturen geschützt werden kann. (Zustimmung.)

Abg. v. Graefe (L.):

Meine politischen Freunde rufen keineswegs nach einem Schluß der Sozialpolitik, wie der Abg. Schmidt vorgelesen behauptete; aber die sozialpolitische Gesetzgebung ist nicht lediglich Arbeitergesetzgebung, sondern muß sich danach richten, welche Bevölkerungs-schichten zurzeit eines besonderen Schutzes bedürfen. Aber auch gegen eine Arbeitergesetzgebung sind wir nicht, nur gegen ein übertriebenes Tempo dieser Gesetzgebungsarbeit. Der Abg. Schmidt sprach auch von dem Wohnungselend der Landarbeiter. Wer das tut, kennt die Verhältnisse nicht; denn im allgemeinen wohnt der Landarbeiter besser, wie der industrielle Arbeiter in den Großstädten, wo die Herren Sozialdemokraten und ihre Raabarn maßgebenden Einfluß haben. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Die Arbeiter sollten sich nicht immer auf die Gesetzgebung verlassen, sondern aus eigener Kraft Minderheiten heftigen. Wozu werden denn die ungeheuren Kapitalien in den Gewerkschaften angesammelt? 29,10 M. zählt der organisierte Arbeiter durchschnittlich an seine Gewerkschaft, und nur 8 M. davon werden für Unterhaltungen ausgegeben; der englische Arbeiter zählt allerdings 88 M. an seine Gewerkschaft, davon werden aber 18 M. Unterhaltungen verwendet. Der Vorwurf des Abg. Schmidt, seit 1886 sei für die Jugend nichts geschehen, ist ganz unberechtigt; bei der Jugendfürsorge werden wir auch weiter das Reichsamt des Innern unterstützen. Allerdings darf man nicht jede Beschäftigung von Kindern in gleicher Weise einschlagen, ländliche Arbeit z. B. ist keineswegs in derselben Weise schädlich für Kinder wie Fabrikarbeit. — Der Abg. Schmidt verlangte vorgelesen für den Arbeiter das Recht sich zu koalieren, wo er will, er verlangte für den Arbeiter das Recht der freien Persönlichkeit. In Konsequenz dieses Standpunktes müßten die Sozialdemokraten für den Schutz der Arbeitswilligen eintreten. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Das Recht auf Organisation erkenne ich auch für die Arbeiter natürlich an und begrüße daher die christlichen und nationalen Gewerkschaften, diese wirtschaftsfriedlichen Verbände. Angesichts des

Terrorismus der Sozialdemokraten

gehört oft ein großer Mut dazu, diesen Verbänden beizutreten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Was die Organisation der Landarbeiter anbelangt, so traue ich niemand die Feivolität zu, absichtlich eine Wütere herbeizuführen, die nicht die Befehlenden, sondern die Arbeiter selbst treffen könnte. Aber die Gefahr eines solchen Streiks liegt trotzdem immer vor — wenn man dem Landarbeiter das Koalitionsrecht gibt. Auch ist eine Koalition der Landarbeiter gar nicht nötig, weil der Steigerung der industriellen Löhne die Erhöhung der Löhne der Landarbeiter auf dem Lande auf dem Wege folgt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wahre Not, daß Leute verhungern wie in den Städten, gibt es auf dem Lande überhaupt nicht. (Sehr richtig! rechts.) Aus schärfste verurteilen müßten wir auf jeden Fall die Mißbräuche des Koalitionsrechts. Ich begrüße in dieser Beziehung die Einigung der Kommission zur Prüfung dieser Fragen seitens der Nationalliberalen, die allerdings recht langsam zu arbeiten scheint. Auch Herr Köhling hat ja im Abgeordnetenhaus unter Zustimmung der Nationalliberalen einen besseren Schutz der Arbeitswilligen verlangt. Allerdings neigt er zu der Auffassung, daß die jetzigen Gesetze ausreichen. Ich bin kein Freund von Umwegen. Wenn wir überzeugt sind, daß Schäden vorliegen, verbieten wir besser das, was verboten werden soll. Dies

Herumfrischen mit Polizeiverordnungen um das Streikverbot

gefällt mir nicht, man sollte es einfach verbieten. Ich bedauere die ablehnende Haltung der christlichen Gewerkschaften, zumal es gerade die christlichen Arbeiter sind, die am meisten unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften leiden. Wir werden inmentweg, zielbewußt für die Befestigung des Koalitionszwanges kämpfen. Damit glauben wir auch dem gewerblichen Mittelstand am besten zu dienen, der am stärksten unter dem Terrorismus der Arbeiter leidet. Die straffere Organisation der Handwerkerkreise begrüßen wir, gerade hier ist eine einheitliche Organisation aller Gewerbe, wie sie der reichsdeutsche Mittelstandsverband darstellt, sehr nötig. Mit Warenhäusern und Großbanken zusammen sollte sich der Mittelstand allerdings nicht organisieren! Da mit besserer Organisation auch eine bessere Aufsicht in Hand geht (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten, wird der Mittelstand dann erkennen, daß er seine wahren Freunde bei den Liberalen nicht zu finden hat. Die Sozialdemokraten sind ja nicht einmal platonische Freunde des Mittelstandes. Das haben die Ausführungen des Abg. Peus vom 25. November vorigen Jahres bewiesen. Er führte aus, daß die Konsumvereinsbäder in Dessau die Existenz von 20—40 selbständigen Bädermeistern ruiniert habe; das sei geschehen von 4000 Arbeiter- und Mittelstandsfamilien, die durch die Konsumvereinsbäder den ungeheuren Vorteil einer Erparnis von 40000 M. jährlich, also pro Kopf im Durchschnitt 10 M. hätten. Die 10 M. im Jahre sind dem Abg. Peus wert, daß 30 bis 40 selbständige Existenzen deshalb zugrunde gehen. Ja er sagte, „Es ist wirtschaftlich und sozial durchaus gar kein Unglück, wenn die armseligen, durch und durch abhängigen, elenden wirtschaftlichen Existenzen des sogenannten kleinen Mittelstandes verschwinden.“ (Hört! hört! rechts.) Das ist die sozialdemokratische Menschenliebe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das offene Bekenntnis zu dem Grundsatz „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so Schlag ich Dir den Schädel ein.“ (Erneutes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes ist die Bekämpfung einer derartigen Gewaltspolitik der Konsumvereine eine überaus dringende Aufgabe der Regierung. Wir wünschen eine besonnene ausgleichende, den praktischen Verhältnissen gerecht werdende Sozialpolitik. (Bravo! rechts.)

Abg. Pospischi (Pole):

Nirgends in Deutschland wird die persönliche und bürgerliche Freiheit so mit Füßen getreten, wie in den oberirdischen Bergbaubezirken gegenüber den polnischen Arbeitern. Auch außerhalb der Arbeitszeit müssen die Leute ihr Köpfe und Denken dem ihrer Arbeitgeber anpassen. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen polnische Arbeiter aus der Arbeit entlassen worden sind, weil sie sich sozialpolitisch betätigt haben oder nicht so bei der Reichstagswahl wählten wie der Kohlenbaron es will. Diese Leute müßten ihr Anwesen verlassen, weil sie in ihrer Heimat überhaupt keine Arbeit mehr fanden. (Hört! hört! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Das Vornurlegen durch Großgrundbesitzer ist gewiß schädlich; aber nicht minder schädlich, ja noch schädlicher ist das Vornurlegen

durch die Industrie. Der Unternehmer erwirbt alles Eigentum im ganzen Bezirk, der Arbeiter arbeitet nicht nur bei ihm, sondern wohnt bei ihm, kauft alle seine Bedarfsartikel bei ihm und wird in jeder Weise von ihm abhängig. Dieser Entwicklung sollte der Reichskanzler durch eine feste und stetige Sozialpolitik entgegenzutreten. (Bravo! bei den Polen.) Hierauf verlagte das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher: kurze Anfrage.) Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung. Montag, den 19. Januar 1914, mittags 12 Uhr.

Von Ministertisch: v. Schorlemer.

Zweite Lesung des Landwirtschaftsetats.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird gegen die Linke und den Abg. v. Pappenheim (L.) einem Vorschlag des Präzidenten zugestimmt, sämtliche Befolungsfragen aus der Etatsberatung auszuschneiden und auf die Befolungsvorlage zu verschieben. — Gegen die Linke und einen Teil des Zentrums wird weiter beschloffen, die Frage der inneren Kolonisation zunächst aus der Erörterung auszuschneiden.

Abg. Goebel (Z.):

wünscht bei den Einnahmen, daß die Erlaubnis zur Einfuhr russischer Schweine nach Oberschlesien verlängert werde. (Der Präzident mahnt den Redner, diese Sache später vorzubringen.) — Die Einnahmen werden bewilligt.

Beim Titel „Ministergehalt“ findet die allgemeine Besprechung statt.

Abg. Dr. Bassé (L.):

wünscht höhere Dotierung des Landwirtschaftsrats, sagt aber die niedrigen Getreidepreise, die Viehpreise und erucht um stärkere Förderung der Viehzucht.

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer:

Ich würde gewiß höhere Aufwendungen für den Landwirtschaftsetat gern sehen. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, die Landwirtschaft auf der jetzigen Höhe zu erhalten, namentlich, da die Erhöhungen der Löhne für Wanderarbeiter die Schwierigkeiten steigern. Rußland scheint durch politische Vorgehen die Kontrolle der Wanderarbeiter genau zu prüfen. Aber es ist wohl ausgeschlossen, daß Rußland die Grenzen für die Wanderarbeiter nach Deutschland sperren wird, da es nicht in der Lage ist, den Ueberfluß seiner Arbeiter bei sich völlig zu beschäftigen. Seine Wirtschaft ist dazu noch nicht genug entwickelt. Das infolge der Agitationen der großen Schiffahrtsgesellschaften in Österreich vorgelegte Gesetz beabsichtigt nicht nur den auch von uns für gut gehaltenen Auswähererfluß, sondern auch eine Beschränkung der Abwanderung. Die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit der österreichischen Regierung geben die Aussicht, daß wir auch weiterhin den notwendigen Zugang von Wanderarbeitern aus der Donaumonarchie erhalten werden. Immerhin müssen wir mit einem Rückgang des Zustroms von ausländischen Arbeitern rechnen. Umso mehr muß man auf die Anziehung von Landarbeitern für die innere Kolonisation bestehen. In der Beziehung für die Gebung der Viehzucht sind nicht erfolglos geblieben. Der Viehstand hat um 8,3 Proz. zugenommen. Trotz der Seuchen und der Dürre im Jahre 1911 ist der Viehstand noch überschritten worden. Diese Ergebnisse sind mit besonderer Befriedigung aufzunehmen. Die Wege, die wir zu Erhebung der Viehzucht eingeschlagen haben, scheinen richtig gewesen zu sein. Wir haben bei der neuen Invasion der Maul- und Klauenseuche von Rußland her Gebrauch von den uns zur Verfügung stehenden Bestimmungen des Viehseuchengesetzes gemacht und einzelne Viehbestände, namentlich in Schlesien, zwangsweise abtöten lassen. Damals sind von fortschrittlicher Seite Vorwürfe gegen die Veterinärpolizei erhoben worden, als ob von dem Vorgehen dieser Polizei hauptsächlich nur die kleineren Viehbesitzer betroffen worden wären. Diese Vorwürfe sind grundlos. Die Einfuhr russischer Fleisch hat allgemein aufgehört; da die Fleischpreise gesunken sind, so liegt kein Anlaß mehr zu besonderen Maßnahmen vor. Sollten später neue Schwierigkeiten unerwartet eintreten, so werde ich dafür Sorge tragen, daß vor allem die großstädtische Bevölkerung darunter nicht zu leiden habe. Was die Einfuhr russischer Schweine nach Schlesien betrifft, so sind wir bestrebt, das Kontingent der Einfuhr herabzusetzen. Der Minister geht denn auf die Ausführungen der Abg. Herold (Z.) und v. Heydenbrand (kons.) bei der ersten Lesung des Etats betreffend den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen ein. Er erklärte im Anschluß an frühere Erklärungen der Regierung, daß die Aufnahme des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen nicht zulässig sei. Dagegen liegt es ganz im Sinne und in den Wünschen der Regierung, daß außerhalb des Lehrplans, aber im Anschluß an ihn, eine religions-stillige Einwirkung auf die Fortbildungsschüler anzustreben sei. Den dahingehenden Bestrebungen wird die Regierung stets ihre Unterstützung leisten. Das Zentrum möge also nicht darauf dringen, einen Zwang zum Besuche des Religionsunterrichts zu verlangen.

Abg. Wallenborn (Z.):

Wir fordern obligatorischen Religionsunterricht. Die Kräftigung der Landwirtschaft ist von allgemeiner Wichtigkeit, deshalb fordern wir ausreichenden Zoll und Seuchenfiskus. Für die Schwemmasst könnten die Kartoffelabfälle aus den Großplätzen verwendet werden. Auch im Westen sollte man mehr landwirtschaftliche Winterschulen errichten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Eder-Winzen (natl.):

Wir befinden uns in einer Agrarkrise, die keinen Betriebe und die Zahl der Landarbeiter nehmen ab. Daß wir jährlich 400000 ausländische Arbeiter heranziehen müssen, bedroht uns geradezu mit einer Katastrophe. In Österreich drängen die Polen und Tschechen darauf, die Abwanderung nach Deutschland zu beschränken. Rußland wird bei künftigen Handelsverträgen die Landarbeiterfrage benutzen, um Vorteile für sich herauszufischen. Die russische Landwirtschaft entwickelt sich so, daß sie die Leute bald selbst brauchen wird. Wir müssen daher vom Ausland unabhängiger werden und einen ausreichend starken Arbeiterstamm schaffen. Die kleinen Betriebe müssen bedeutend vermehrt werden. Die privaten Grundbesitzer müssen leisten mehr, als die gemeinnützigen. Den Zoll- und Seuchenfiskus wollen wir beibehalten, unseren Bauernstand erhalten und kräftigen. Für Geflügelzucht, Obst- und Gemüsebau muß mehr geschehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Johannsen (ft.):

stimmt dem Vorredner zu, ebenso hinsichtlich des ländlichen Fortbildungsschulwesens den Ausführungen des Ministers. Dem Verlangen der Linken nach Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle, besonders der Futtermittelzölle, treten wir energisch entgegen. Ein Zoll auf Gemüse ist in Aussicht genommen und zu begrüßen. (Beifall rechts.)

Abg. Hoff (Sp.):

Dem Wachstum des Volkes muß ein Wachstum der Landwirtschaft entsprechen, aber gerade unsere Wirtschaftspolitik hat dazu beigetragen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung sich im Rückgang befindet, der namentlich bei den landwirtschaftlichen Arbeitern

